

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 30/95

Berlin

Stapfen

27. Juli 1995

62. Jahrgang

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1995/96

Weltweite konjunkturelle Abschwächung

Das Tempo der konjunkturellen Expansion in den westlichen Industrieländern hat sich im Winterhalbjahr 1994/95 merklich verlangsamt. In den Vereinigten Staaten ist der langanhaltende Boom ausgelaufen, und die Produktion hat nur noch moderat zugenommen. In Japan ist die gerade in Gang gekommene konjunkturelle Erholung schon wieder ins Stocken geraten, so daß erneut eine Stagnation droht. In Westeuropa, wo der Aufschwung erst zu Beginn des vergangenen Jahres eingesetzt hatte, hat sich die konjunkturelle Dynamik seit dem Herbst 1994 spürbar abgekühlt (Schaubild 1).

Im Zuge dieser weltweiten Abschwächung kommt es zu einer weitgehenden Angleichung der Wachstumsraten in der westlichen Welt. Während die Vereinigten Staaten und Kanada im vergangenen Jahr noch deutlich höhere Raten als Europa und Japan verzeichneten, liegen sie 1995 kaum noch über dem Durchschnitt. Das mag man bei einer isolierten Betrachtung der Güter- und Kapitalmärkte begrüßen, vermindert es doch die Wahrscheinlichkeit neuer Spannungen an den Finanzmärkten, da sich auch das Zinsgefälle einebnet. Betrachtet man diese Entwicklung allerdings unter einer mittelfristigen Perspektive und nimmt die Arbeitsmärkte mit ins Bild, sind die Aussichten für Westeuropa und Japan düster.

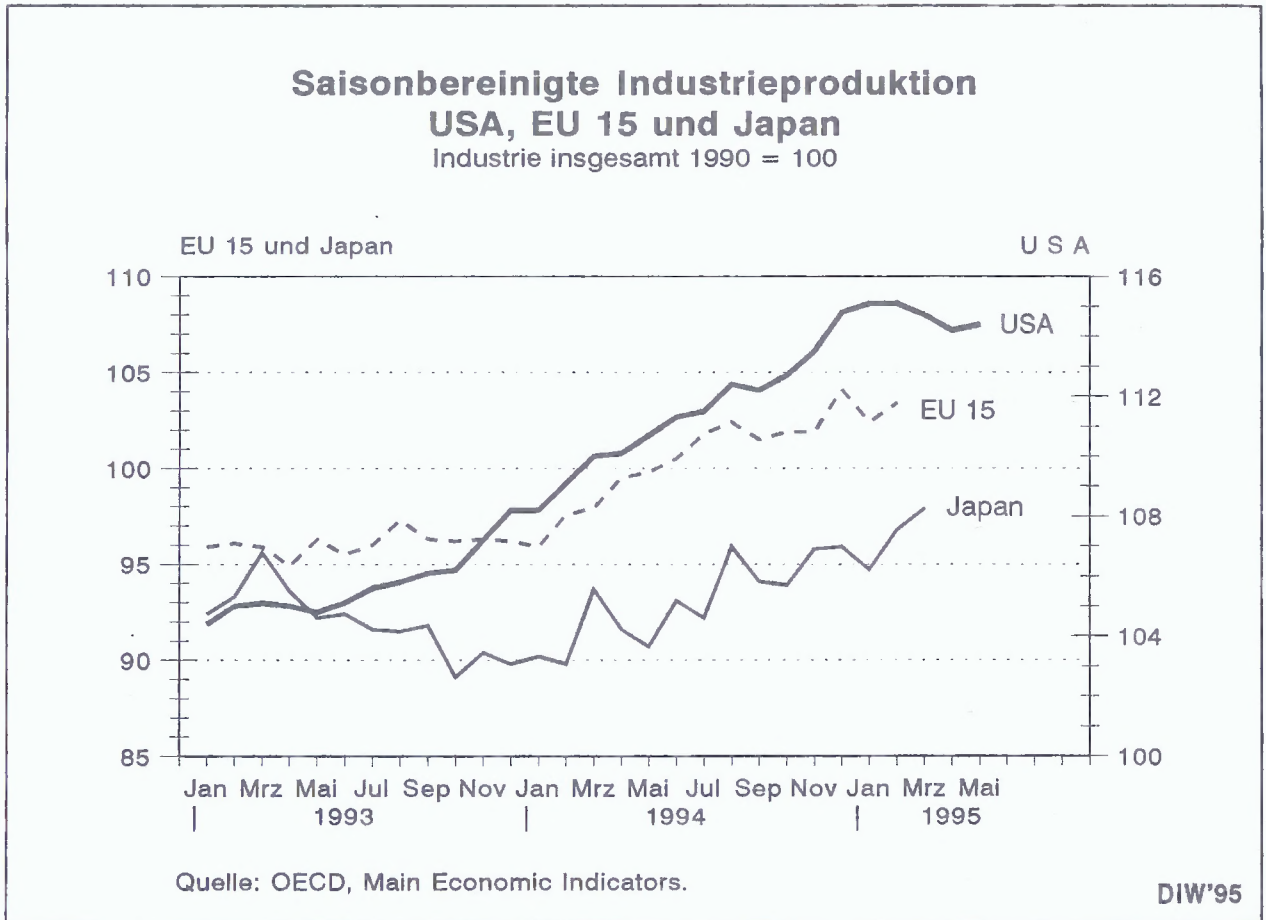
In den Vereinigten Staaten wird im Sommer 1995 mit 5½ vH eine Arbeitslosenquote erreicht, wie sie zuletzt 1989 auftrat. Das heißt, dort ist es erneut gelungen, über den Zyklus hinweg das Entstehen einer „Sockelarbeitslosigkeit“ zu vermeiden. Im Aufschwung wurden so viele Arbeitsplätze geschaffen, daß nicht nur diejenigen, die in der Rezession arbeitslos geworden waren, in der Regel wieder

eine Beschäftigung gefunden haben, sondern auch neu hinzukommende Erwerbspersonen integriert werden konnten. Dieser Erfolg wird vielfach dem flexiblen Beschäftigungssystem der USA zugeschrieben. Doch diese Diagnose greift zu kurz.

Analysiert man die Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Wachstumsrate in den Vereinigten Staaten, zeigt sich, daß durchgreifende Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit regelmäßig dann erzielt werden, wenn die Wachstumsraten mehrere Jahre 3 vH überschreiten. Das war zuletzt in den Jahren 1993 und 1994 der Fall. Ein ganz ähnliches Muster ist in Europa zu beobachten. In Westdeutschland beispielsweise ist nur bei einem langandauernden und kräftigen Aufschwung, wie er in der zweiten Hälfte der 80er Jahre und im Zuge der deutschen Vereinigung zu verzeichnen war, eine deutliche Verminderung der Arbeitslosigkeit zu erwarten (Schaubild 2). Da Deutschland und Europa nun aber bereits auf das konjunkturelle Tempo einer Spätphase des Aufschwungs einschwenken, gibt es keine Chance für eine mit den USA vergleichbare Entwicklung am Arbeitsmarkt. Europa geht mit einem enorm hohen Sockel an Arbeitslosigkeit in diese Wachstumspause. Es verliert dadurch die wichtigsten Jahre beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, weil sich die zu einem erheblichen Teil konjunkturell entstandene Arbeitslosigkeit verhärtet. Die Arbeitslosen verlieren bei längerer Abwesenheit von betrieblichen Abläufen an Qualifikation und Motivation, so daß eine Integration immer schwieriger wird, je länger sie sich hinauszögert.

In Japan zeigen sich die Folgen mangelnder Wachstumsdynamik am Arbeitsmarkt weniger ausgeprägt, weil viele große Unternehmen traditionell ihren Mitarbeiterstamm auch in schwierigen Zeiten durchhalten. Vielmehr

Schaubild 1



sehen sich die Unternehmen einem fortgesetzten Gewinn-
druck ausgesetzt, den auch extrem niedrige Zinsen nicht
zu kompensieren vermögen. Dies wiederum treibt das
Bankensystem in eine kritische Lage, weil viele ausste-
hende Kredite gefährdet sind. Ein entscheidender Grund
für die Rentabilitätsschwäche der Unternehmen ist die an-
haltende reale Aufwertung des Yen, die zu Beginn dieses
Jahres einen neuen Höhepunkt erreichte. Japan ist das
einzige Land der Welt, dessen Währung real, d.h. unter Be-
rücksichtigung der Preissteigerungsdifferenzen zum Aus-
land, seit nunmehr über 20 Jahren trendmäßig aufwertet.

Die Ursache der weltweiten konjunkturellen Abschwä-
chung liegt auf der Hand: Der Anstieg der langfristigen Zin-
sen im Laufe des vergangenen Jahres, ausgelöst von der
amerikanischen Notenbank, hat den Aufschwung in den
USA und in Europa abgebremst. In Europa läßt sich sowohl
der unerwartete Aufschwung im vergangenen Jahr als
auch die jetzige Stockung nur dann verstehen, wenn mo-
netäre Abläufe konsequent mit ins Bild genommen werden.

Das DIW hat bereits vor einem Jahr an dieser Stelle dar-
gelegt, daß der unerwartet rasche Aufschwung in Kontinen-
taleuropa mit der Zinswende in den USA und an den Welt-
kapitalmärkten zu erklären ist. Anleger und Investoren hat-

ten den ersten Zinsschritt des Federal Reserve Systems im
Februar 1994 als Zinswende interpretiert und dementspre-
chend reagiert. Die Anleger, die Anbieter von Kapital,
waren aus den Märkten für langfristige Papiere ausgestie-
gen und hatten in kurzfristige Anlagen umgeschichtet. Die
Investoren, die Nachfrager von Kapital, waren eingestie-
gen und hatten langfristige Mittel erworben und Investi-
tionsprojekte, die für einen späteren Zeitpunkt geplant
waren, vorgezogen. Da das weltweit geschah, wurde im
Gefolge dieser Ereignisse eine Investitionswelle ausgelöst,
die für den überraschend starken Aufschwung in Europa
und Deutschland sorgte.

Bereits vor einem Jahr war aber auch klar¹, daß die kon-
junkturelle Entwicklung wegen des starken Anstiegs der
langfristigen Zinsen den Keim der Abschwächung in sich
trug². In den USA war es ja gerade das Ziel der Zinserhö-

¹ Vgl. Zinswende und Investitionsgüternachfrage. Bearb.:
F. Spiecker. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/94, S. 682 ff.; fer-
ner: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im
Herbst 1994. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 43/94, S. 740.

² Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Westliche In-
dustrieländer: Fortdauer der Erholung nicht gesichert. Bearb.: Ar-
beitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1/95, S. 9.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1993 in vH		B I P real			Verbraucherpreise		
	BIP	deutsche Ausfuhr	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr					
			1994	1995	1996	1994	1995	1996
Deutschland	10,4		2,9	2,0	2,0	2,7	2,5	2,5
Westdeutschland	9,4		2,3	1,5	1,5	2,6	2,0	2,5
Ostdeutschland	1,0		9,2	7,0	7,0	3,0	2,5	3,0
Frankreich	6,8	16,4	2,7	2,5	2,0	1,7	1,5	2,0
Italien	5,4	10,0	2,2	2,75	2,0	3,9	5,5	5,0
Großbritannien	5,2	10,6	3,8	2,5	1,5	2,5	3,5	3,5
Spanien	2,6	4,3	2,0	2,5	2,0	4,8	5,0	4,5
Niederlande	1,7	10,2	2,4	2,5	2,0	2,7	2,5	2,5
Belgien	1,1	9,0	2,3	2,5	2,0	2,4	2,0	2,5
Schweden	1,0	2,7	2,2	2,0	2,0	2,2	3,5	3,0
Österreich	1,0	7,9	2,7	2,5	2,0	3,0	2,5	2,5
Dänemark	0,7	2,4	4,4	3,0	2,5	2,0	2,5	3,0
Finnland	0,5	1,0	3,9	4,5	4,0	1,1	2,0	3,0
Portugal	0,4	1,3	1,5	3,0	2,5	5,2	4,5	4,5
Griechenland	0,4	1,3	0,5	1,5	1,5	11,0	9,5	8,5
Irland	0,3	0,6	5,5	5,0	3,5	2,5	3,0	3,0
EU	37,5		2,7	2,4	2,0	2,9	3,2	3,2
EU ohne Deutschland	27,1		2,7	2,6	2,0	3,0	3,4	3,4
EU ohne Deutschland ³⁾		77,7	2,7	2,6	2,0	2,9	3,1	3,1
Schweiz	1,2	7,2	2,1	2,0	2,0	0,9	2,0	2,0
Norwegen	0,6	1,1	5,1	4,0	3,0	1,5	2,5	3,0
Europ. Industrieländer	39,3		2,8	2,4	2,0	2,8	3,1	3,1
Europ. Industriel. ohne BRD	28,9		2,7	2,6	2,0	2,8	3,4	3,4
Europ. Industriel. ohne BRD ³⁾		86,0	2,7	2,5	2,0	2,7	3,0	3,0
USA	34,7	9,9	4,1	2,5	1,5	2,5	3,5	3,5
Kanada	3,0	0,8	4,5	3,0	1,5	0,2	3,0	3,0
Japan	23,0	3,3	0,6	1,0	2,0	0,7	0,5	1,0
Außereurop. Industrieländer	60,7		2,8	2,0	1,7	1,7	2,3	2,5
Außereurop. Industrieländer ³⁾		14,0	3,3	2,2	1,6	1,9	2,8	2,9
Insgesamt	100,0		2,8	2,1	1,8	2,1	2,6	2,8
Insgesamt ohne Deutschland	89,6		2,8	2,2	1,8	2,1	2,7	2,8
Insgesamt ohne Deutschland ³⁾		100,0	2,7	2,5	1,9	2,6	3,0	3,0

¹⁾ Auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1993 (Jahresdurchschnitt). — ²⁾ Für Deutschland Preisindex des privaten Verbrauchs. —

³⁾ Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Warenausfuhr 1993.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

hung, die Konjunktur abzubremesen. Da Europa keinen Abkopplungsversuch via Geldpolitik unternahm, mußte für Europa das gleiche gelten wie für die USA. Dieser Zusammenhang wurde jedoch nicht zur Kenntnis genommen³⁾.

Die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in Europa bringt zwar fatale Konsequenzen für die Arbeitsmärkte mit sich, eine neue Rezession droht aber nicht. Die amerikanische Zentralbank hat mit ihrem Stillhalten seit Februar und insbesondere mit ihrer jüngsten Entscheidung, die kurzfristigen Zinsen aus Sorge vor einer zu har-

ten Landung der Konjunktur schon wieder zurückzunehmen, die Rezessionsgefahr auch für Europa vermindert. Die langfristigen Zinsen liegen durchweg deutlich unter ihren Höchstständen von Ende 1994.

Der Rückschlag der Wachstumsdynamik in Europa — in diesem Jahr werden 2½ vH, im nächsten wohl 2 vH

³⁾ Vgl. zu der typischen Fehleinschätzung etwa: OECD Economic Outlook, 56, December 1994 und die Auseinandersetzung damit im Wochenbericht des DIW, Nr. 1/95.

Schaubild 2

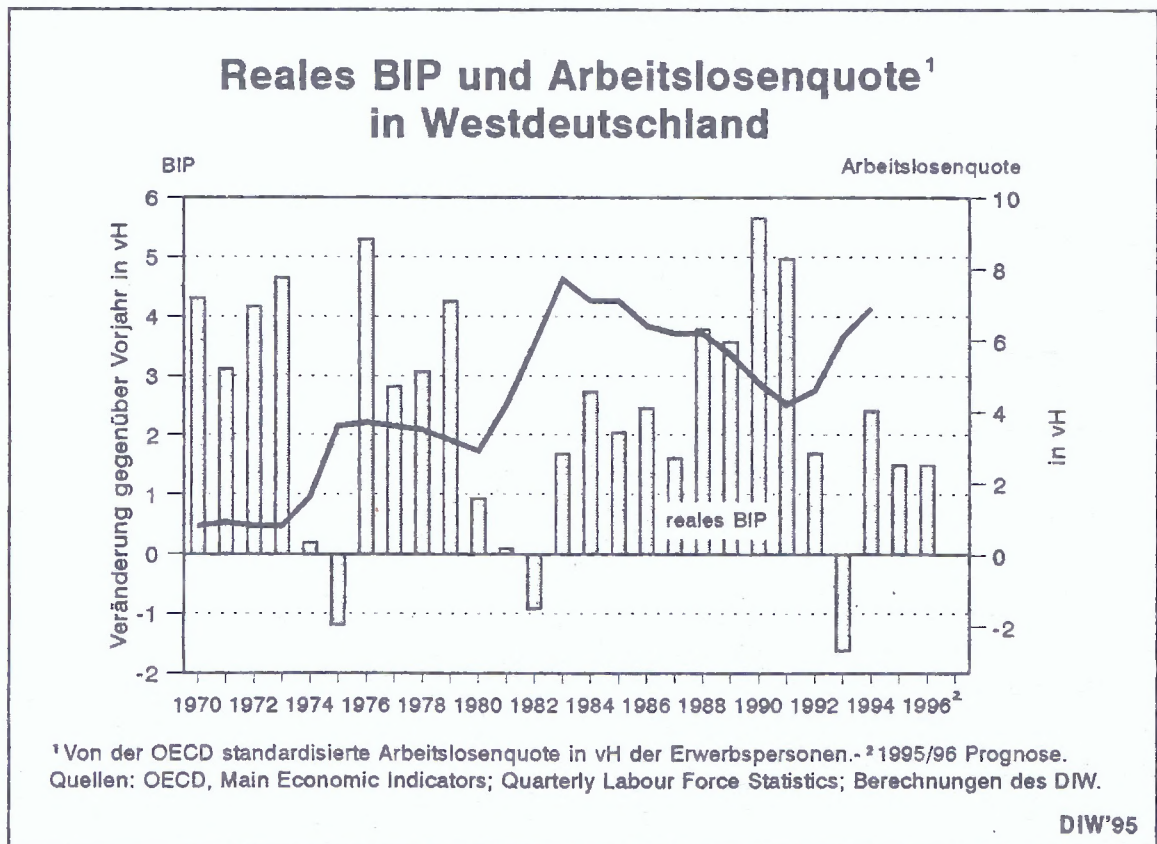
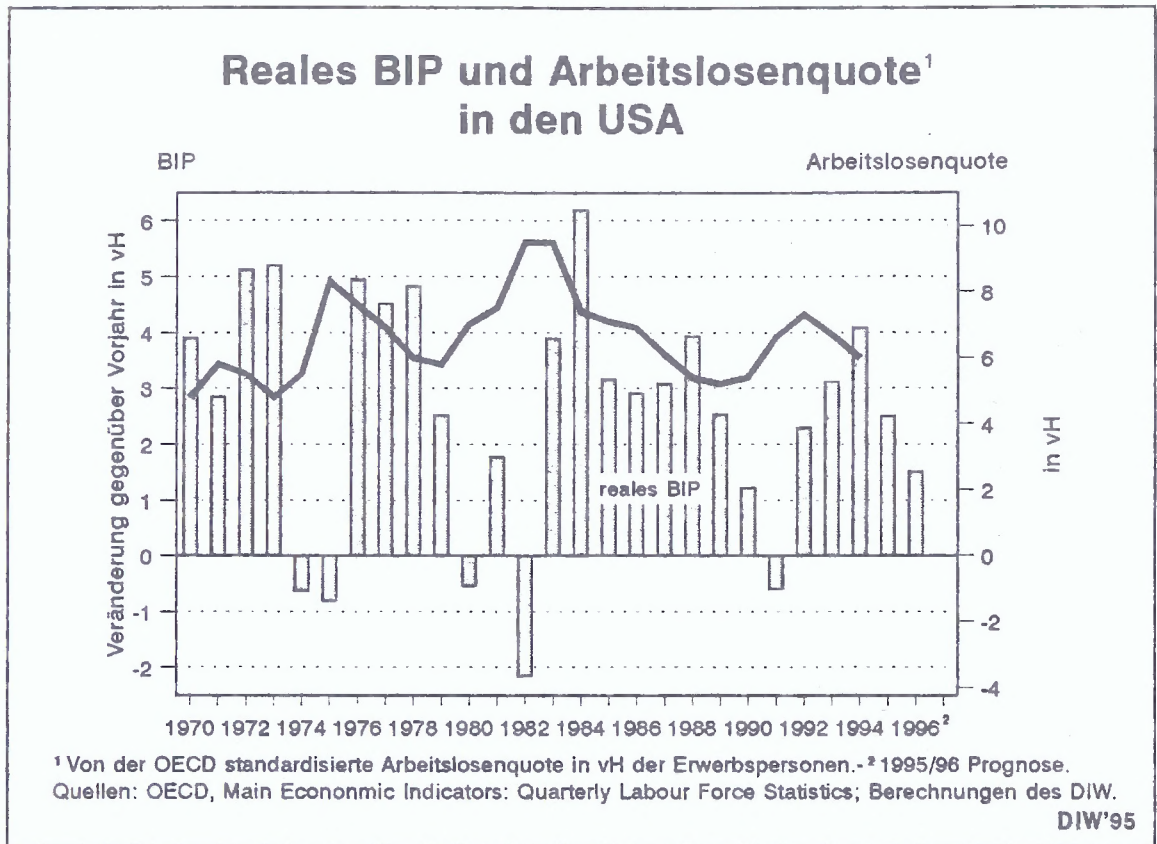
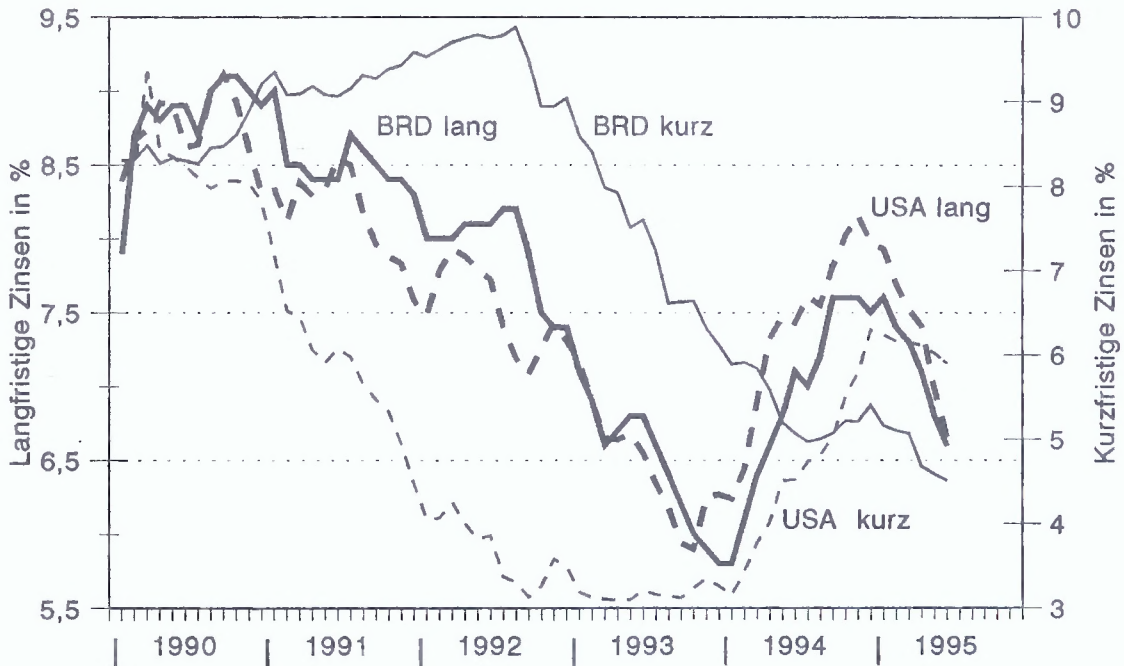


Schaubild 3

Kurz-¹ und langfristige² Zinsen in Deutschland und den USA



¹ Dreimonatsschatzwechsel. - ² Öffentliche Anleihen, 10 Jahre Restlaufzeit.
Quelle: OECD, Main Economic Indicators.

DIW'95

erreicht — wird gleichwohl nur schwer zu verkraften sein, weil sich die Aussichten auf einen kräftigen und langanhaltenden Aufschwung verdüstert haben. Selbst wenn die amerikanische Geldpolitik jetzt wieder auf vorsichtige Expansion umschaltet und Europa folgt, besteht die Gefahr, daß ein neues Anspringen der US-Konjunktur nicht zu einer ähnlich langen Aufschwungphase führen wird wie Anfang der 90er Jahre. Denn angesichts der niedrigen Arbeitslosigkeit drohen inflationäre Spannungen. Einer dann allfälligen erneuten Straffung der amerikanischen Geldpolitik wäre Europa ohne geldpolitisches Entkoppeln wiederum ausgeliefert und könnte dem Entstehen eines noch höheren Arbeitslosensockels in der nächsten Rezession nicht entgehen.

Der Schlüssel zum Erfolg für die europäische Wirtschaftspolitik liegt bei der Geldpolitik, das hat die Erfahrung in den Jahren 1994 und 1995 eindeutig gezeigt. Wenn in Europa dieses Instrument ignoriert wird, weil es ver-

meintlich nur für die Stabilisierung des Preisniveaus eingesetzt werden kann, hat Europa keine Chance, einen langen, von Investitionen getragenen Aufschwung zu realisieren, bei dem in ausreichender Zahl neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Finanzpolitik sind die Hände weitgehend gebunden. Die Erfüllung der Maastricht-Kriterien verlangt in den meisten Ländern ja sogar eine strikt restriktive Haushaltsführung. Impulse können daher nur von einer Geldpolitik kommen, die sich von den USA weitestmöglich abkoppelt. Was erreichbar ist, hat die amerikanische Geldpolitik in den Jahren 1992 und 1993 demonstriert. Der Abstand zwischen den kurzfristigen Zinsen in Deutschland und den USA betrug in der Spitze mehr als 6 Prozentpunkte (Schaubild 3). Würde Europa sein Gewicht in ähnlicher Weise in die Waagschale werfen, würde, wie wiederum die Erfahrung in den genannten Jahren zeigt, auch der langfristige Zins nicht unbeeindruckt bleiben. Er würde deutlich unter das Niveau sinken, das sich bei einer passiven europäischen Geldpolitik einstellt.

Bundesrepublik Deutschland: Spürbare konjunkturelle Abkühlung

Schwacher Jahresbeginn

Das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Expansion hat sich auch in der Bundesrepublik um die Jahreswende stark vermindert. Im vierten Quartal des vergangenen Jahres war das Bruttoinlandsprodukt arbeitstäglich und saisonbereinigt noch um ein halbes Prozent gegenüber dem Vorquartal gestiegen, und die Indikatoren für das verarbeitende Gewerbe hatten bis Dezember ein kräftiges Plus angezeigt. Nach der Jahreswende konnte dieses Ergebnis aber nicht gehalten werden. Auf breiter Front und bei einer Vielzahl von Einzelindikatoren zeigte sich nun die Abflachung, die von der europäischen Entwicklung seit dem Herbst angelegt gewesen war.

Zur Umstellung der deutschen Statistik auf die europäischen Klassifikationen

Seit Jahresbeginn 1995 hat die Umstellung der deutschen Statistik auf die von der Europäischen Union vorgeschriebenen Kriterien zur Vereinheitlichung wichtiger Konjunkturindikatoren zu Verzögerungen bei den Veröffentlichungen und zu Irritationen bezüglich der Ergebnisse geführt. Dies gilt insbesondere für die Statistik des produzierenden Gewerbes. Das Statistische Bundesamt vermutet, „daß die empirisch ermittelten Daten zu einer Unterschätzung des Konjunkturverlaufs führen, deren Ausmaß sich derzeit noch nicht quantifizieren läßt“. Ursache für die Unterschätzung ist der verzögerte Eingang der Meldungen der Unternehmen beim Statistischen Bundesamt. Dabei spielt zum einen eine Rolle, daß sich die bekannten Meldepositionen teilweise fundamental geändert haben, zum anderen aber auch, daß viele Firmen neu in die Meldestatistik aufgenommen wurden.

Aus diesem Grund sind die Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das erste Quartal diesmal mit besonders großen Unsicherheiten behaftet. Um die „Korrekturmarge“ für das gesamtdeutsche reale Bruttoinlandsprodukt einigermaßen in den Griff zu bekommen, wurden die Ergebnisse von Befragungen und Verbandsstatistiken als Indikator herangezogen. Auf diese Weise errechnet sich für das erste Jahresviertel ein Korrekturbedarf nach oben von etwa 3,5 bis 4 Mrd. DM, der in erster Linie das verarbeitende Gewerbe betrifft. Für das Bruttoinlandsprodukt entspricht dies einer Korrektur um etwa einen halben Prozentpunkt der Wachstumsrate nach oben. Das wurde in die vorliegende Berechnung bereits eingestellt.

In Deutschland sank die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Jahresviertel um 0,2 vH; dabei ist ein Zuschlag von 0,5 vH für die statistisch bedingten Unsicherheiten bereits berücksichtigt (siehe Kasten). Dieses für eine frühe Aufschwungphase ungewöhnliche Ergebnis ist ausschließlich der Entwicklung in Westdeutschland zuzuschreiben. Hier ging das reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal saison- und arbeitstäglich bereinigt sogar um 0,5 vH zurück und übertraf den entsprechenden Wert vom Vorjahr nur noch um 1,5 vH. Für Ostdeutschland errechneten sich dagegen nochmals kräftige Zuwächse von etwa 1,5 vH gegenüber dem Vorquartal und von 9 vH gegenüber dem Vorjahr.

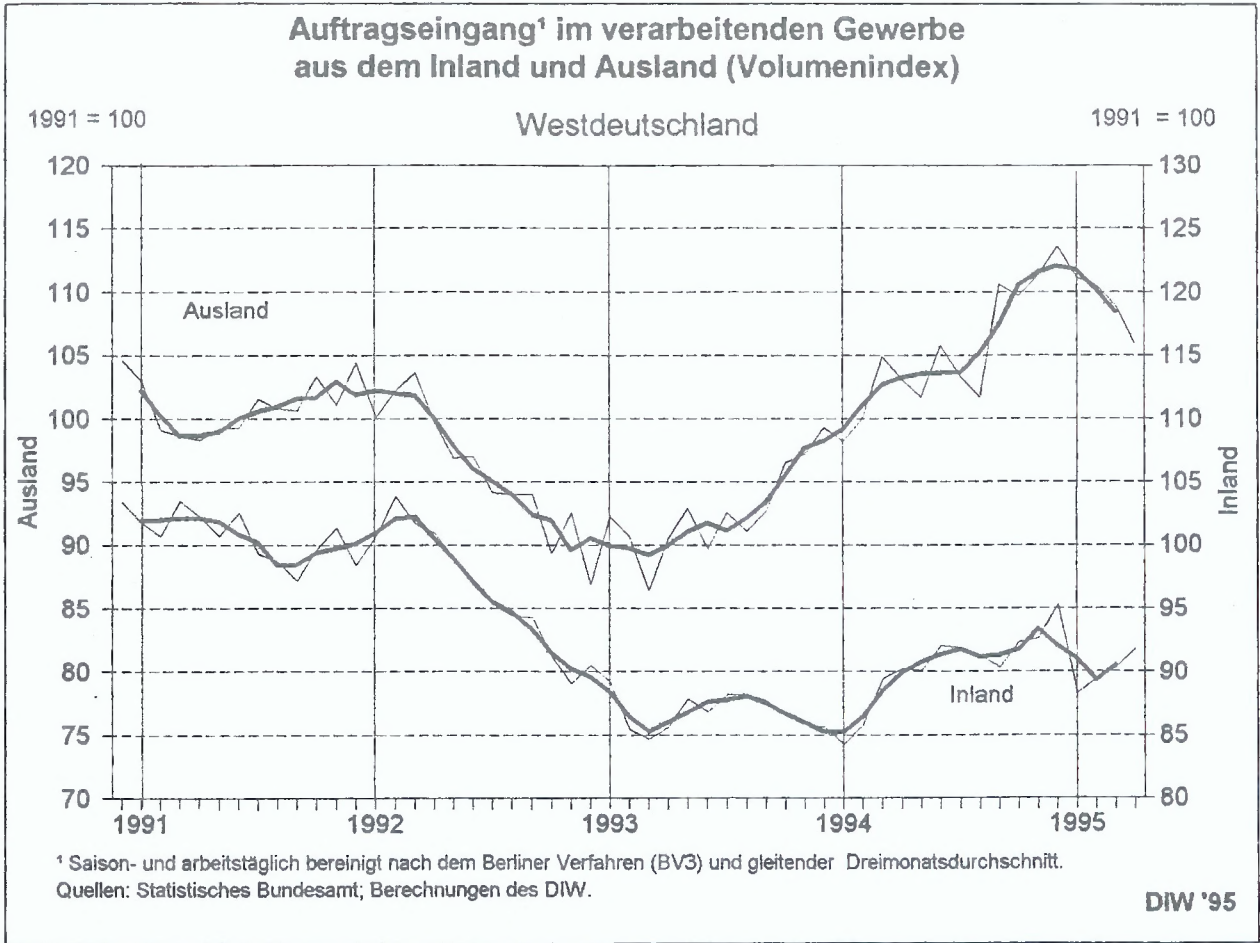
Das schlechte Ergebnis des ersten Quartals in Westdeutschland ist vor allem auf die Entwicklung im Außenhandel zurückzuführen. Der reale Außenbeitrag nahm saisonbereinigt und hochgerechnet auf Jahresbasis um 16 Mrd. DM ab, weil die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen gegenüber Ende 1994 etwa doppelt so rasch sank wie die Einfuhr. Daneben schlug nur noch der Rückgang der Bauproduktion spürbar zu Buche; dieser ist aber neben den steuerlich bedingten Vorzieheffekten beim Wohnungsbau im vierten Quartal 1994 auch den überdurchschnittlich schlechten Witterungsbedingungen zu Anfang des Jahres zuzuschreiben.

Die genaue quantitative Erfassung der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist zwar durch die Umstellung der Statistik im produzierenden Gewerbe erschwert, über die Richtung der konjunkturellen Veränderung seit Jahresbeginn kann es aber keinen Zweifel geben. Nicht nur die Tatsache, daß die Indikatoren für das produzierende Gewerbe auch im weiteren Verlauf dieses Jahres und nicht nur zur Jahreswende zur Schwäche neigen (Schaubilder 4 und 5), belegt das, sondern viele andere Informationen ebenso.

Der vom ifo Institut für das produzierende Gewerbe ermittelte Geschäftsklima-Index ist seit Beginn des Jahres rückläufig und bildet damit weitgehend den Verlauf der Produktions- und Auftragseingangsindizes, wie sie die Statistik ausweist, ab. Auch andere Klima-Indikatoren und Umfragen deuten in diese Richtung. Gesamtwirtschaftlich eindeutig sowohl für West- als auch für Ostdeutschland sind auch die Ergebnisse der Arbeitsmarktstatistik. Von Mai vergangenen Jahres an sank die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen von Monat zu Monat; genau seit Anfang dieses Jahres steigt sie wieder. Auch die Entwicklung der offenen Stellen in Westdeutschland spricht eine deutliche Sprache. Von Mitte 1994 bis März dieses Jahres waren den Arbeitsämtern ständig mehr offene Stellen gemeldet worden, seit April geht deren Zahl saisonbereinigt wieder zurück. Ein weiterer Indikator ist die Zuwachsrate der Bankkredite an Unternehmen und Privatpersonen. Trotz anhaltenden Baubooms in Ostdeutschland ist die Entwicklung der Kreditvergabe weit weniger dynamisch als zuvor.

Schließlich muß man berücksichtigen, daß der Rückgang der Exporte im ersten Quartal ganz unmittelbar eine Ursache für die Produktionsschwäche ist. Soll das für das erste Quartal geschätzte, d.h. auch nach oben korrigierte

Schaubild 4



Produktionsniveau überhaupt zu erklären sein, muß sogar unterstellt werden, daß die Unternehmen in beträchtlichem Maße unfreiwillig Lagerbestände aufgebaut haben. Neben dem Export waren nämlich auch alle übrigen Nachfragekomponenten sehr schwach. Der private Verbrauch stagnierte, die Investitionen insgesamt waren rückläufig; allein die Ausgaben für Ausrüstungen wurden erhöht.

Im zweiten Quartal dieses Jahres ist das Ergebnis zwar besser ausgefallen, aber am Gesamtbild einer spürbaren Wachstumsverlangsamung ändert das nichts. Im zweiten Vierteljahr dürfte es, getragen von einem Wiederanstieg der Bauinvestitionen und des privaten Verbrauchs, zu einer Expansion des Bruttoinlandsprodukts in der Größenordnung von 1 vH gekommen sein. Für Deutschland insgesamt ist aber kaum mehr als ein Ergebnis von 2 vH für 1995 zu erreichen (Schaubild 6). Für Westdeutschland bedeutet das einen Zuwachs von nur 1½ vH. Die Zahl der Arbeitslosen wird dabei ebenso hoch wie 1994 sein.

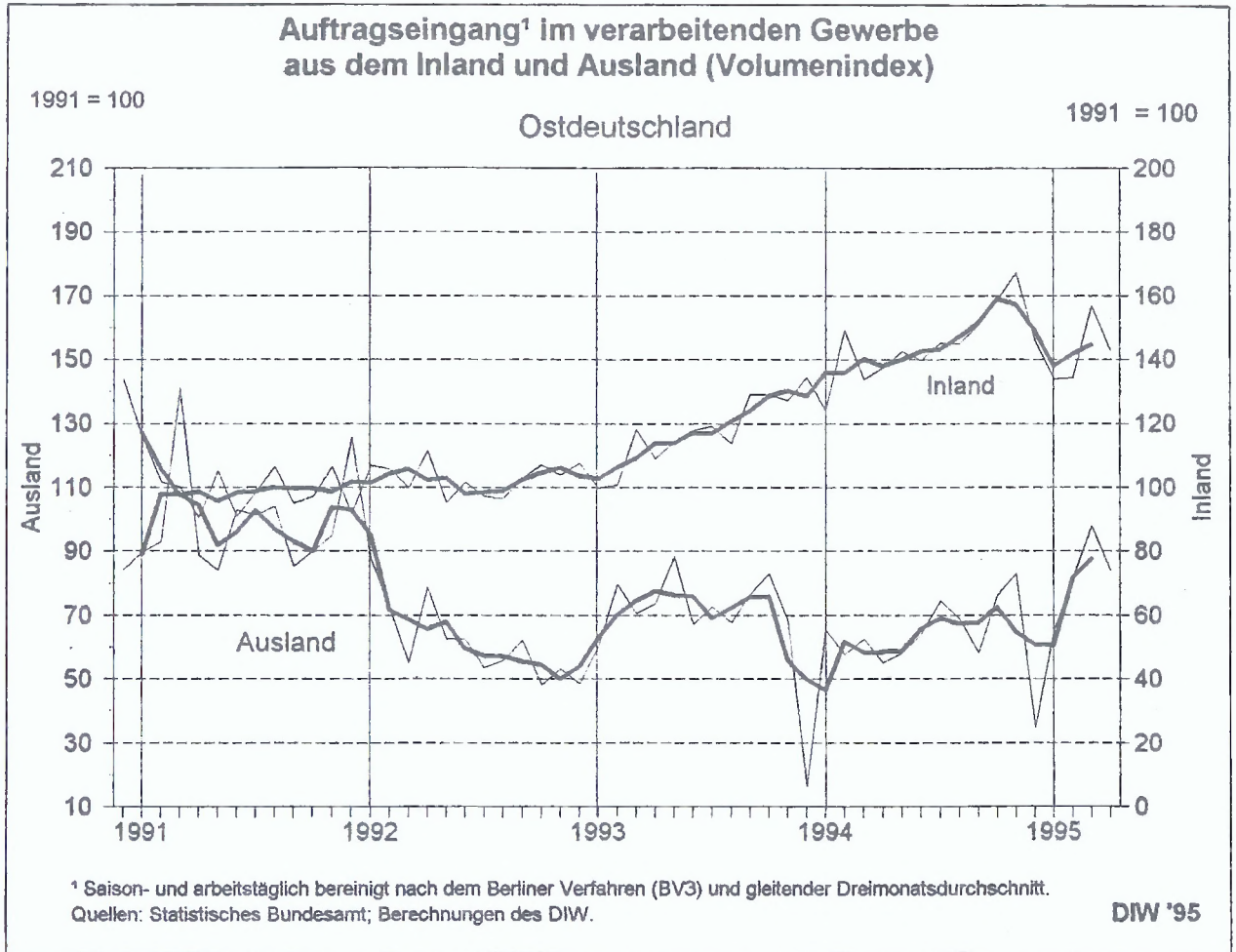
Auch in Ostdeutschland wird die Abflachung im Westen in diesem Jahr zu spüren sein. Zwar dürfte das Bruttoin-

landsprodukt nochmals um 7 vH zulegen, doch zeigt sich beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe seit Herbst eine deutliche Verlangsamung. 1996 wird die Investitionsdynamik nachlassen, so daß das Ergebnis nicht besser ausfallen wird als 1995. Die Arbeitslosenquote verharrt bei 14 vH.

Entscheidend für die Einschätzung der Entwicklung für Deutschland ist die Tatsache, daß sich die kräftige Höherbewertung der D-Mark im Frühjahr noch nicht auf den Export im ersten Quartal ausgewirkt haben kann. Deren Folgen schlagen sich erst mit gewisser Verzögerung im Außenhandel nieder.

Angesichts der Verlangsamung der konjunkturellen Expansion in Europa und den USA und der realen Aufwertung ist ein leichter Rückgang der deutschen Exporte im zweiten Halbjahr 1995 nicht auszuschließen (Schaubild 7). Auf jeden Fall werden die deutschen Exporteure in einem erheblichen Ausmaß Marktanteile verlieren. Hinzu kommt die Verschlechterung der Gewinnsituation infolge steigender Lohnstückkosten. Nach der kräftigen Erholung im Verlauf

Schaubild 5



des Jahres 1993 und vor allem 1994 wird sich die Gewinnsituation im verarbeitenden Gewerbe zunächst nicht mehr verbessern (Schaubild 8). Beide Effekte zusammen werden dämpfend auf die Investitionsneigung wirken. Erst im Verlauf des Jahres 1996 dürfte bei zunehmender Nachfrage und noch niedrigen Zinsen eine Zunahme der Investitionsneigung zu erwarten sein.

Die entscheidende Antriebsfeder im nächsten Jahr wird der private Verbrauch sein, der Impulse von der Steuersenkung im Rahmen der Freistellung des Existenzminimums erhält. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird um mehr als 5 vH steigen, was bei nur leichter Normalisierung der Sparneigung zu einem Zuwachs des privaten Verbrauchs von real 3 vH führt.

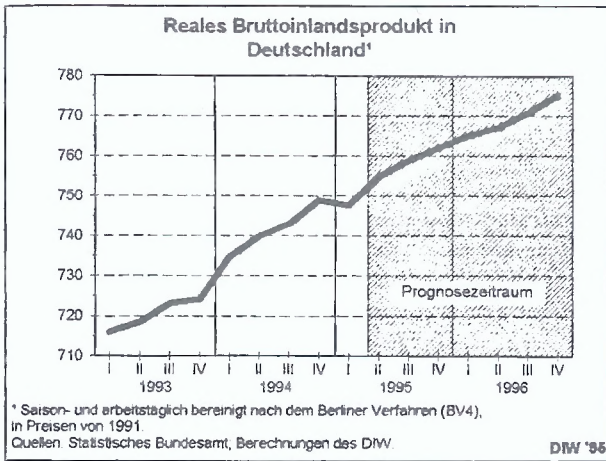
Insgesamt gesehen bleibt der Aufschwung in Deutschland mit Wachstumsraten um 2 vH äußerst moderat. Das ist, blickt man auf die Nachkriegsgeschichte, keineswegs typisch. Üblicherweise wurden früher unmittelbar nach dem Ende der Rezession sehr hohe Wachstumsraten erzielt. Beispielsweise in den Jahren 1968 und 1976 waren es

über 5 vH. Bisher war es lediglich einmal nicht gelungen, bereits zu Beginn des Aufschwungs eine kräftige konjunkturelle Dynamik zu entfachen. Anfang der 80er Jahre waren die ersten fünf Jahre der Aufwärtsentwicklung ebenfalls von Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in der Größenordnung von nur 2 vH gekennzeichnet.

Anhaltende Fehlentwicklungen

Ein solches Wachstumstempo wird vielfach wirtschaftspolitisch begrüßt, weil es frühzeitige Spannungen im Zyklus vermeiden helfe. Das ist richtig, soweit es die Inflationsrate betrifft. Es ist falsch, wenn man den Abbau der Arbeitslosigkeit im Auge hat. Daß die Phase schwachen Wachstums Anfang der 80er Jahre der für das Entstehen eines hohen Arbeitslosensockels maßgebliche Zeitraum war, zeigt Schaubild 2. Erst 1988, als es zu einer weltweiten Belebung der Investitionstätigkeit kam, konnte die Arbeitslosigkeit erstmals merklich abgebaut werden. Ein vollkommen analoger Befund ergibt sich für die USA. Der entschei-

Schaubild 6



dende Unterschied ist, daß in den USA niemals eine so lange Phase schwacher konjunktureller Entwicklung zu verzeichnen war. Dieser Befund, der für weite Teile Westeuropas in gleicher Weise wie für Deutschland gilt, ist eine gravierende Fehlentwicklung. In Deutschland wird die Arbeitslosenzahl im Jahr 1996 praktisch so hoch wie 1994 sein.

Daß diese Fehlentwicklung kaum zur Kenntnis genommen wird, ist Ergebnis der vorschnellen Diagnose, Arbeitslosigkeit in Europa und Deutschland sei — offenbar unabhängig von ihren Ursachen und anders als in den USA — ein strukturelles Phänomen. Selbst wenn diese Diagnose zuträfe, stellte sich die Frage, wie „strukturelle“ Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann. Auch hier ist die Antwort, die die Empirie gibt, ganz eindeutig: durch eine kräftige konjunkturelle Expansion. Westdeutschland ist es in den 90er Jahren gelungen, einen lang bestehenden hohen Sockel an Arbeitslosigkeit in bemerkenswerter Weise abzuschmelzen, nämlich von 9 vH auf fast 6 vH. Das war allein durch den Investitionsboom im Gefolge der deutschen Vereinigung möglich geworden. Da die Finanzpolitik

Schaubild 7

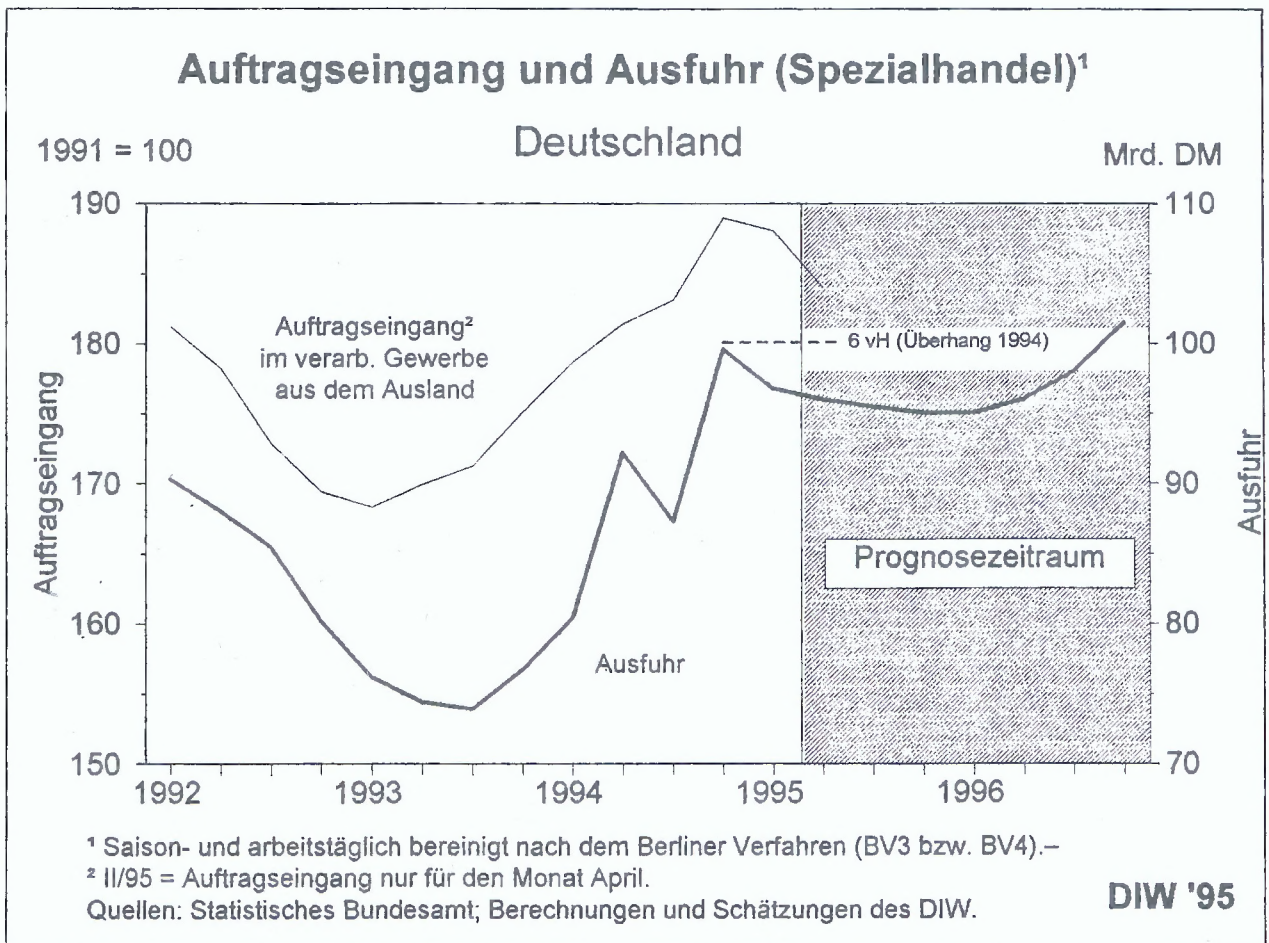
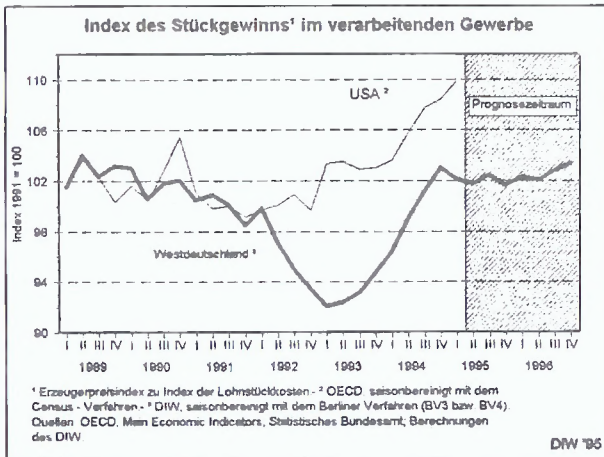


Schaubild 8



den Unternehmen solche Bedingungen nicht leicht noch einmal bieten kann, muß die Geldpolitik die Bedingungen für eine langanhaltende und kräftige Investitionstätigkeit schaffen. Andere, insbesondere die Lohnpolitik, müssen dabei die offene Flanke der Geldpolitik, die Gefahr einer inflationären Beschleunigung nämlich, abdecken. Ohne eine aktive Geldpolitik aber geht es nicht.

Zur Wirtschaftspolitik in Deutschland

Zu einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik gehört die angemessene Diagnose der wirtschaftlichen Probleme eines Landes. Schon im vergangenen Jahr zeichneten sich die offiziellen Diagnosen durch eine bemerkenswerte Schlichtheit aus: Die Exportbeschleunigung in Deutschland wurde als Ursache der konjunkturellen Belebung angesehen. Daß ganz Europa aber vollkommen gleichschrittg einen Aufschwung erlebte und der Export Europas in den Rest der Welt keine Anzeichen einer durchgreifenden Belebung zeigte, womit die Exporterklärung hinfällig ist, wurde nicht einmal zur Kenntnis genommen. Die falsche Diagnose rächt sich jetzt, weil nicht rechtzeitig wirtschaftspolitische Vorkehrungen getroffen wurden, um die Abschwächung in Europa zu verhindern.

Anstatt aber die Diagnose zu revidieren und die heute noch möglichen wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen aus der richtigen Diagnose zu ziehen, erneuert die Wirtschaftspolitik die falsche Diagnose mit anderen Mitteln. Die weltweit zu beobachtende Abschwächung im Winterhalbjahr wird mit der Aufwertung der D-Mark und den hohen Lohnabschlüssen erklärt, also mit nationalen Ereignissen, die zudem erst nach dem ersten Quartal eintraten.

Zur Rollenverteilung der Wirtschaftspolitik

Noch immer herrscht in Deutschland und Europa weitgehendes Unverständnis hinsichtlich der Frage, wie eine er-

folgreiche Rollenverteilung der Wirtschaftspolitik aussehen muß. Noch immer dominiert das Konzept der Angebotspolitik die Wirtschaftspolitik, also der Versuch, auf der einen Seite durch steuerpolitische Erleichterungen für die Unternehmen günstige Investitionsbedingungen zu schaffen und auf der anderen Seite den Arbeitslosen vermehrte „Anreize“ für die Aufnahme einer Arbeit zu geben. Es zeigt sich jetzt, daß dies in einer sich dynamisch entwickelnden Marktwirtschaft und bei einer unzureichenden Diagnose der gesamtwirtschaftlichen Lage nur zum Kurieren an Symptomen führt.

Im internationalen Teil dieser Analyse ist bereits dargelegt worden, daß das Entstehen von Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern regelmäßig das Ergebnis eines Konflikts von Geld- und Lohnpolitik ist, in dessen Verlauf sich — via steigende Zinsen — die Bedingungen für neue Investitionen rasch und dramatisch verschlechtern. Umgekehrt lassen sich ausreichend viele neue Arbeitsplätze nur schaffen, wenn über eine lange Zeit günstige Investitionsbedingungen herrschen. Das kann nur in einem langanhaltenden und kräftigen Aufschwung gelingen⁴. Ein solcher Aufschwung ist nicht nur Ergebnis einer Schwankung um einen vorgegebenen Wachstumstrend, wie das die in vielen Lehrbüchern zu findende Trennung von Konjunktur und Wachstum nahelegt. Vielmehr schafft die Investitionsdynamik im Aufschwung neue Wachstumschancen und erlaubt damit das Erreichen höherer Wachstumsraten. Die Weichen für einen solchen Aufschwung aber werden vor allem von der Geld- und der Lohnpolitik gestellt.

Die Rolle der Lohnpolitik

Die Lohnpolitik agiert vorwiegend auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft. Über die Lohnpolitik, das heißt die Festlegung der Tariflöhne durch die autonomen Tarifpartner, wird die Kostenentwicklung für die Unternehmen mitbestimmt. Die Zuwachsrate der Lohnstückkosten (Lohnsatzsteigerungen minus Produktivitätszuwachs) ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht die entscheidende inländische Determinante der Kostenentwicklung, weil — abgesehen von Importen — alle Produkte, also auch Vorprodukte und Kapitalgüter, mit Arbeit hergestellt werden. Da die Unternehmen versuchen, Kostensteigerungen in die Preise zu überwälzen, entscheidet letztlich der Wettbewerb im Innern und auf dem Weltmarkt darüber, welcher Teil der Kostensteigerung von den Unternehmen zu tragen ist, und welcher den Nachfragern aufgebürdet werden kann.

Durch die Festlegung der Nominallohne wird also *mitbestimmt*, wie sich die Gewinne der Unternehmen sowie das Preisniveau der Volkswirtschaft und damit die Kaufkraft der Verbraucher entwickeln. Die Nominallohnpolitik kann aber weder das eine (die Gewinne und die Rentabilität der Inve-

⁴ Vgl. in diesem Sinne auch: Arbeitslosigkeit und Lohnpolitik — Die Tarifautonomie in der Bewährungsprobe, Argumente zur Wirtschaftspolitik Nr. 52, Juni 1995 (Kronberger Kreis), S. 4.

stitutionen) noch das andere (die Kaufkraft der Nachfrager) klar determinieren⁵. Sie hat immer nur eine von mehreren entscheidenden Variablen in der Hand. Folglich muß sich die Lohnpolitik darauf beschränken, Nominallöhne festzulegen, die im Wettbewerb nicht zu solchen Preissteigerungen führen, daß die Geldpolitik auf den Plan gerufen wird, um inflatorischen Gefahren entgegenzuwirken.

Die Lohnpolitik ist in einer Marktwirtschaft systematisch überfordert, wenn sie Zuwachsraten der *Real*löhne festlegen soll, sei es, um über Reallohnzuwächse die Nachfrage zu erhöhen oder über Reallohnsenkungen bessere Gewinnchancen zu eröffnen, sei es, um über die Veränderung des sogenannten Lohn-Zins-Verhältnisses eine Änderung der Produktionsweise (Faktoreinsatzverhältnis) herbeizuführen. Es ist paradox, daß häufig gerade diejenigen, die der Lohnpolitik jede Fähigkeit absprechen, die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu beeinflussen, im gleichen Atemzug von der Lohnpolitik unmittelbar die Eröffnung von Gewinnspielräumen (über ein Zurückbleiben hinter der Produktivitätsentwicklung) oder gar die Steuerung des Faktoreinsatzverhältnisses fordern⁶. Die Lohnpolitik kann weder das eine noch das andere.

Die Rolle der Lohnpolitik erschöpft sich darin, die nominalen Ansprüche an das in der Volkswirtschaft zur Verteilung anstehende Einkommen so in Grenzen zu halten, daß die Unternehmen nicht zur Flucht in die Preiserhöhung gezwungen werden. Eine gewisse Orientierung geben hier die auf mittlere Sicht zu erwartenden Produktivitätszuwachs- und Preissteigerungsraten. Mehr als eine Orientierungsmarke aber kann das nicht sein. Das bedeutet, daß die Lohnpolitik während des gesamten Aufschwungs sehr vorsichtig agieren muß, um nicht eine inflationäre Beschleunigung zu provozieren. Die Vergangenheit in Deutschland und das Beispiel der USA in diesem Aufschwung zeigen, daß stetige und moderate Nominallohnzuwächse die beste Garantie für eine langanhaltende konjunkturelle Erholung und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen sind, wenn die Geldpolitik ihre Rolle ausfüllt.

Waren die Lohnabschlüsse in Westdeutschland im vergangenen Jahr im großen und ganzen der konjunkturellen Situation angemessen, fällt es schwer, auch in diesem Jahr zu einem solchen Urteil zu kommen. Der Abschluß in der Metallindustrie jedenfalls lag deutlich jenseits dessen, was angesichts der konjunkturellen Situation in Westdeutschland angemessen war. Bei noch rückläufigen Preissteigerungsraten und dem gerade beginnenden Aufschwung wären niedrigere Abschlüsse mehr gewesen, weil sie eine geringere Zukunftsbelastung im Sinne eines geringeren Inflationspotentials mit sich gebracht hätten.

Gleichwohl sollte man in der Kritik dieser Abschlüsse nicht übers Ziel hinausschießen. Der Metallabschluß ist weder die Ursache für die konjunkturelle Schwäche noch entscheidend für den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und die absehbare Verschlechterung der Rentabilität der Unternehmen. In D-Mark gerechnet steigen die Lohnstückkosten in Westdeutschland in diesem Jahr um 2 vH. In inter-

nationaler Währung gerechnet aber sind es fast 7 vH. Mäßigere Lohnabschlüsse hätten das D-Mark-Ergebnis vielleicht um ein oder zwei Zehntel drücken, aber niemals eine Korrektur für die Aufwertung schaffen können — ganz abgesehen von der Frage, wie stark die Aufwertung beim Signal einer moderateren Lohnentwicklung ausgefallen wäre. Die relevanten Ereignisse der letzten Monate jedenfalls haben vorwiegend monetäre Ursachen und werfen die Frage nach der Rolle der Geldpolitik auf.

Die Rolle der Geldpolitik

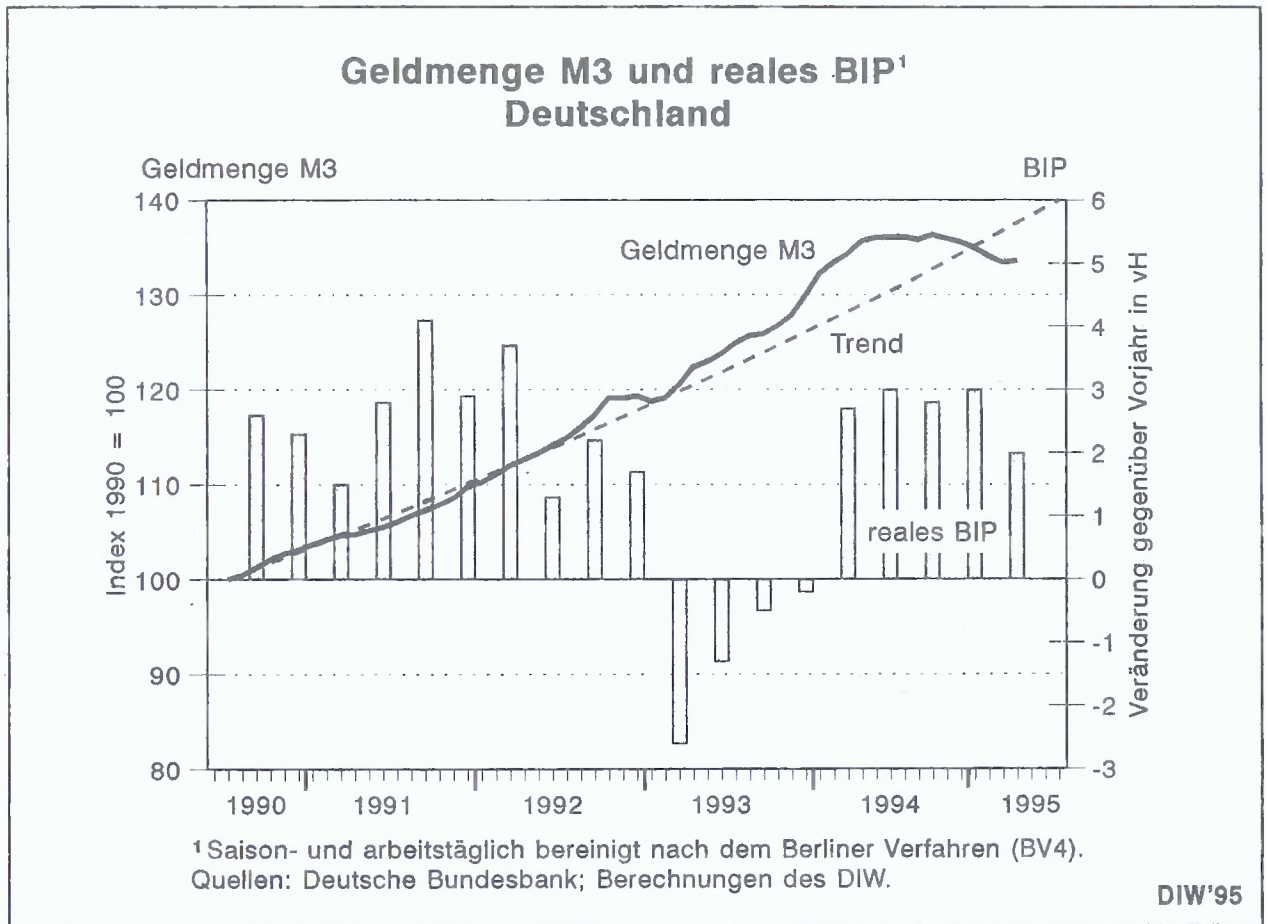
Die Geldpolitik agiert vorwiegend auf der Nachfrageseite der Volkswirtschaft. Bekommt die Geldpolitik von der Lohnpolitik, also von der Angebotsseite, ausreichenden Flankenschutz, hat sie dafür zu sorgen, daß es nachfrageseitig keine Restriktionen für eine Expansion der Produktion und der Einkommen gibt. Zunächst geschieht das in dem Sinne, daß genügend Finanzierungsmittel für eine reibungslose Expansion der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Über das kurzfristige Zinsniveau, das die Geldpolitik fest im Griff hat, beeinflußt sie aber auch das langfristige, das für die Investitionstätigkeit entscheidend ist, in erheblichem Maße. Verbilligt die Geldpolitik das Halten von Geld, besteht für die Halter von Geld und die Anleger von Kapital ein Anreiz, mehr langfristige Titel zu kaufen. Diese Steigerung des Angebots an Kapital, die in den vergangenen Monaten beispielsweise in Form zunehmender Geldkapitalbildung zu beobachten war, erhöht den Kurs langlaufender Papiere und senkt deren Rendite. Der sich aus diesen Renditen ergebende langfristige Zins ist dann wiederum entscheidend für die Höhe der Zinsen, die Banken für langlaufende Kredite für Investitionen verlangen. Auf diese Weise beeinflußt die Geldpolitik das Angebotspotential.

Ihre Rolle kann die Geldpolitik prinzipiell auch mit einem Geldmengenkonzept ausfüllen. Dazu muß die in der Zukunft mögliche Wachstumsrate der Volkswirtschaft und die Entwicklung der Geldnachfrage hinreichend genau vorzuschätzen sein. In der Praxis ergeben sich dabei aber erhebliche Probleme. Dies bekam auch die Bundesbank in den letzten Jahren wiederholt zu spüren. Sondereffekte führten immer wieder dazu, daß die Geldmenge M3 von ihrem Zielpfad abwich, oftmals nach oben, in jüngster Zeit aber auch nach unten (Schaubild 9). Eine potentialorientierte Strategie der Geldmengensteuerung sieht sich daher immer wieder mit der Frage konfrontiert, ob und in welchem Maße die Geldmengenentwicklung durch Sondereffekte geprägt wird. Die Frage nach dem „ob“ ist dabei in

⁵ Vgl. zur Kaufkraft- und zur Gewinntheorie des Lohnes: Grundlagen der Wirtschaftsentwicklung. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1/95.

⁶ Das gilt nicht für den Kronberger Kreis, der unmißverständlich feststellt, daß der Reallohn ein Marktergebnis ist. Vgl. Kronberger Kreis, a.a.O., S. 6.

Schaubild 9



der Regel leichter zu beantworten als die Frage nach der Dauer und der Intensität eines Sondereffektes.

Dies zeigte sich insbesondere Anfang 1994, als die Geldmenge M3 weit über den Zielkorridor der Bundesbank hinausschoß. Bereits 1992 und 1993 hatte die Bundesbank aber ihr Geldmengenziel deutlich verfehlt. Das starke Wachstum der Geldmenge M3, so wurde argumentiert, sei eine Folge von Sondereffekten (etwa steuerpolitischer Art) gewesen⁷. Die Politik sinkender Leitzinsen wurde deshalb zunächst fortgesetzt. Ungeklärt war jedoch, in welchem Maße eine überschießende Reaktion der Geldmenge nur Sondereffekte widerspiegelte oder ein „echtes“ Inflationspotential. Deshalb entschied die Geldpolitik, sehr behutsam vorzugehen und nach jeder zinspolitischen Entscheidung die weitere Entwicklung der Geldmenge abzuwarten. So entstand eine „Geldpolitik der ruhigen Hand“.

Als sich mehr und mehr abzeichnete, daß die Geldmenge auch ohne weiteres geldpolitisches Dazutun über kurz oder lang in den Zielkorridor zurückkehren würde, verzichtete die Bundesbank auf weitere geldpolitische Maßnahmen und ließ die Leitzinsen unverändert. Da von der

deutschen Geldpolitik Anfang 1994 nur noch schwache und nach der Jahresmitte überhaupt keine geldpolitischen Signale mehr ausgingen, orientierten sich die Marktteilnehmer zunehmend an der amerikanischen Geldpolitik, die einen klaren Restriktionskurs eingeschlagen hatte.

Der Stillstand der deutschen Geldpolitik war wiederum auf Irritationen bezüglich der Geldmengenentwicklung zurückzuführen. Noch zur Jahreswende formulierte die Bundesbank, daß mit der Zielvorgabe für 1995 die Absicht verbunden sei, „den aus dem Geldmengenwachstum im Jahresverlauf 1994 verbleibenden Überhang abzubauen“⁸. Insoweit sei das Geldmengenziel „ambitiös“ gewählt. Tatsächlich existierte zu diesem Zeitpunkt kein Geldangebotsüberhang mehr. Im vierten Quartal war die Geldmenge sogar absolut gesunken, so daß der mittelfristige Zielpfad wieder erreicht werden konnte.

⁷ Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 1994, S. 5.

⁸ Vgl. Deutsche Bundesbank, Protokoll der Pressekonferenz im Anschluß an die Zentralbankratssitzung am 22. Dezember 1994, Auszug, Frankfurt, S. 2.

Gleichwohl gelang es nicht, die Geldmengenentwicklung auf dem Zielpfad zu stabilisieren. Auf ein Überschießen folgte ein Unterschießen, das wiederum mit Sondereinflüssen erklärt wurde: „Neben Anlagen in Geldmarktfonds Ende 1994 trug hierzu insbesondere die kräftige Geldkapitalbildung bei den Banken bei, die überwiegend wohl noch Teil der unerwartet starken Korrekturbewegung zu dem Liquiditätsstau von Anfang 1994 ist“⁹. Das zeigt, wie schwer es geworden ist, den für die Bundesbank entscheidenden monetären Indikator zu interpretieren und daraus geldpolitische Schlüsse zu ziehen. Sondereinflüsse wird es immer geben. Ob in einer gegebenen Situation ein bestimmtes Ereignis als Sondereinfluß zu qualifizieren ist oder nicht, kann oft nicht einmal im Nachhinein entschieden werden. Offen ist auch, wie stark ein Sondereinfluß die Geldmengenentwicklung prägt: Beruhte das Unterschießen der Geldmenge in der ersten Jahreshälfte zu dreißig, fünfzig oder achtzig Prozent auf Sondereinflüssen? Wann ist ein Sondereinfluß vorüber? Was passiert, wenn sich verschiedene Sondereinflüsse überlappen? Auf diese Fragen gibt es derzeit keine befriedigende Antwort. Nicht zuletzt deshalb werden die Phasen des Abwartens und Beobachtens immer länger und geldpolitische Entscheidungen immer seltener.

Die deutsche Geldpolitik befindet sich gegenwärtig in einer Ruhelage. Von der Ende März beschlossenen Senkung des Diskontsatzes abgesehen, ließ die Bundesbank die Leitzinsen in den vergangenen zwölf Monaten unverändert. Weder unternahm die deutsche Geldpolitik den Versuch, den 1994 von den USA ausgehenden Auftrieb der Kapitalmarktzinsen nachhaltig zu bremsen, noch war sie bereit, den sich anschließenden Zinssenkungsprozeß zu unterstützen. Die Folgen sind nun deutlich sichtbar: Die Ertragserwartungen der Unternehmen haben sich merklich eingetrübt, und der Aufschwung hat an Kraft verloren. Der im Februar einsetzende Rückgang der Kapitalmarktzinsen kam zu spät, um spürbar stabilisierend zu wirken. Hätte die Geldpolitik bereits im Verlauf des vergangenen Jahres die Weichen richtig gestellt und durch Zinssenkungen ein Gegengewicht zum Anstieg der Kapitalmarktzinsen geschaffen, wäre eine konjunkturelle Abschwächung vermeidbar gewesen.

Ohne spürbare geldpolitische Reaktion blieben auch die im Februar einsetzenden Turbulenzen an den Devisenmärkten, die zu einer anhaltenden Höherbewertung der D-Mark führten. Eine reale Aufwertung hat zur Folge, daß sich die Wettbewerbsposition der heimischen Anbieter auf den Märkten des In- und Auslands verschlechtert. Die Folge sind Gewinneinbußen und Marktanteilsverluste. Auch deshalb dürften die Ertragserwartungen gegenwärtig weitaus weniger optimistisch sein als noch vor Jahresfrist. Eine frühzeitige geldpolitische Reaktion hätte entscheidend dazu beitragen können, die Ertragserwartungen zu stabilisieren. Die Leitzinssenkung erfolgte jedoch erst spät und nicht in ausreichender Dosierung, um die Erwartungen der Investoren durchgreifend zu beeinflussen.

Gegen eine Rollenverteilung, bei der die Geldpolitik auch Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung übernimmt, wird eingewandt, die Geldpolitik solle sich nur auf die Erhaltung der Preisstabilität konzentrieren. Das ist eine auf den ersten Blick bestechende Vorstellung — aber leider ist sie in einer zeitlich und räumlich offenen Marktwirtschaft nicht umzusetzen, ohne die Funktionsfähigkeit einer solchen Wirtschaft fundamental in Frage zu stellen. Ein wirtschaftspolitisches Konzept, bei dem sich die Geldpolitik auf die Erhaltung und Herstellung von Preisstabilität beschränken kann, läßt sich mit zwei unterschiedlichen theoretischen Vorstellungen begründen.

Die Vermutung, die Geldpolitik habe langfristig keinen Einfluß auf andere Größen, kann auf die Annahme gestützt werden, daß Preise und Löhne vollkommen flexibel sind. Dann würden Preise und Löhne bei jedem Signal einer Richtungsänderung durch die Geldpolitik sofort und ohne jede Friktion die gewünschten Werte annehmen. Das ist offensichtlich empirisch falsch. Es muß auch falsch sein in einer Welt, in der die Zentralbanken selbst Probleme haben, unvorhergesehene Geldmengenentwicklungen angemessen zu deuten. Eine solche „idealtypische“ Funktionsweise von Löhnen und Preisen kann darüberhinaus gar nicht gewünscht sein. Sie würde nämlich das eigentliche Ziel einer zeitlich und räumlich offenen Marktwirtschaft, nämlich möglichst hohe Einkommen in einem dynamischen Wettbewerb zu erzielen, fundamental in Frage stellen, weil Vorsprungseffekte und die dazugehörigen Gewinne nicht mehr zu erzielen wären.

Die Vermutung, die Geldpolitik steuere auf lange Sicht nur das Preisniveau, kann auch auf die These gestützt werden, daß die Geldpolitik zwar kurzfristig durchaus einen gewissen Einfluß auf die konjunkturelle Entwicklung hat, der Wachstumstrend aber davon nicht beeinflußt wird. Die damit implizit vorgenommene Trennung von Konjunktur und Wachstum aber läßt sich nicht durchhalten. Nur durch konjunkturelle Dynamik entsteht Wachstum, und durch anhaltende konjunkturelle Schwäche wird das Wachstumstempo vermindert, weil die Investitionstätigkeit in einem unauflösbaren Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung steht. Schon die jetzt zu beobachtende konjunkturelle Schwäche wird die Wachstumsrate des Produktionspotentials deutlich senken.

Berührt die Geldpolitik kurz- und langfristig andere Größen als das Preisniveau bei ihrem Streben nach Preisstabilität, kann man ihr bei einer rationalen wirtschaftspolitischen Rollenverteilung nicht mehr nur diese eine Verantwortung zuweisen. Genau das war auch die Grundlage des Konzepts der Geldmengensteuerung: Weil die Geldpolitik einen so enorm großen Einfluß auf die reale Entwicklung hat, sollten mit Hilfe der Geldmengenregel schockartige Impulse vermieden werden. Läßt sich Geldmengenpolitik wegen der offensichtlichen Informationsdefizite in reiner

⁹ Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli 1995, S. 20.

Form nicht durchführen, muß die Rolle der Geldpolitik wie in den USA Mitte der 80er Jahre neu definiert werden. Stillzuhalten und die Führungsrolle der amerikanischen Geldpolitik zu überlassen, kann keine Alternative sein.

Die Rolle der Finanzpolitik

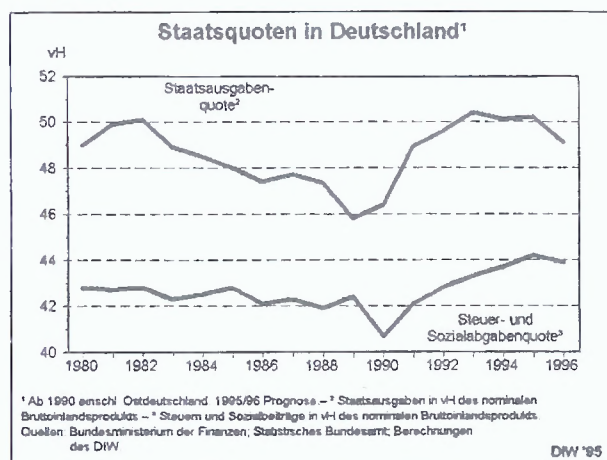
Die Finanzpolitik kann prinzipiell auf der Angebots- oder auf der Nachfrageseite der Volkswirtschaft agieren. In den 60er und 70er Jahren bevorzugte der Staat die Nachfrageseite, um Impulse zu setzen, die zu mehr Investitionen und damit zu einer Beschleunigung des Wachstums führen sollten. Seit Beginn der 80er Jahre bevorzugt er in Deutschland die Angebotsseite, um über eine geringere Belastung der Investoren mit Steuern und Abgaben Anreize für mehr Investitionen und eine Beschleunigung des Wachstums zu geben.

Evident ist, daß weder staatliche Nachfragepolitik noch staatliche Angebotspolitik Rezessionen und das Entstehen von Arbeitslosigkeit haben verhindern können. In den 70er Jahren gab die Nachfragepolitik zwar hin und wieder Impulse, aber einen Durchbruch in Sachen Abbau der Arbeitslosigkeit hat sie nicht erzielt. In den 80er Jahren versuchte der Staat zwar unzählige Male, die Angebotsbedingungen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu verbessern, aber keiner war von durchschlagendem Erfolg gekrönt. Andere Faktoren wie die Zins- und Wechselkursentwicklung waren zumeist wichtiger. Selbst der größte Versuch in Sachen Nachfragepolitik — inmitten der Ägide der Angebotspolitik —, das Nachfrageprogramm „deutsche Vereinigung“, hat zwar erhebliche Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorzuweisen, aber auch diese gingen in der darauffolgenden Rezession wieder verloren.

Das Dilemma des Staates, letztlich dauerhaft die wirtschaftliche Entwicklung kaum beeinflussen zu können, gilt für die Nachfrage- wie für die Angebotsseite. Es wurzelt in der unabänderlichen Tatsache, daß der Staat bei begrenzten eigenen Mitteln immer nur Einmaleffekte — auf beiden Seiten — auslösen kann. Wenn er qua Steigerung der eigenen Ausgaben die Kapazitätsauslastung der Unternehmen einmal erhöht, werden die Unternehmen im besten Falle temporär ihre Investitionen ausweiten, weil sie eine höhere Rendite erwarten. Damit aber wachsen die Kapazitäten stärker, der Wettbewerb nimmt zu, und die Kapazitätsauslastung kehrt wieder auf den Ausgangswert zurück. Senkt der Staat einmal die Steuern, um Investitionsanreize zu geben, werden die Unternehmen im besten Falle solange mehr investieren, solange die höhere Netto-Rendite Bestand hat. Im Wettbewerb aber werden die höheren Renditen wieder wegkonkurriert, wenn der einmaligen Senkung der Steuern kein weiterer Schritt folgt.

Viele Impulse dieser Art kann der Staat ohnehin nicht setzen, wenn er nicht permanent steigende Defizite oder permanent schrumpfende Ausgaben hinnehmen will. Es gibt keine Maßnahme des Staates, die ohne negative Aus-

Schaubild 10



wirkungen an anderer Stelle bliebe. Höhere staatliche Defizite belasten die Unternehmen am Kapitalmarkt, und geringere Ausgaben belasten sie beim Umsatz und bei der Rentabilität. Staatliche Impulse kollidieren zudem mit anderen Politikbereichen und können sich auch deswegen als kontraproduktiv erweisen. Betreibt der Staat Nachfragepolitik, sind Konflikte mit der Geldpolitik häufig nicht zu vermeiden. Betreibt er Angebotspolitik, verschärft er durch Unternehmenssteuersenkungen, wie etwa in den 80er Jahren, den Verteilungskonflikt zwischen den Tarifpartnern.

Um nicht dem finanzpolitischen Dilemma in konjunktureller Sicht ausgesetzt zu sein, argumentieren Angebotspolitiker häufig, ihre Position sei nur aus langfristiger Perspektive zu verstehen: Der Staat dürfe eben die Steuern und Abgaben nicht permanent erhöhen, wolle er nicht die Leistungsbereitschaft vermindern. Das ist unbestritten. Doch daraus läßt sich noch keine finanzpolitische Handlungsanweisung ableiten. Was leistungsmindernde Steuersätze sind, ist damit nämlich ebensowenig beantwortet wie die Frage, welches Niveau der staatlichen Ausgaben angemessen ist und welcher Teil über die Aufnahme von Krediten finanziert werden soll. Das Vor-Urteil, das Ausmaß staatlicher Eingriffe und das Niveau staatlicher Abgaben sei auf jeden Fall zu hoch, kann jedenfalls eine gründliche theoretische und empirische Analyse nicht ersetzen.

Hinzu kommt, daß in Deutschland der Angebotspolitik mit langfristiger Perspektive die empirische Basis fehlt. Weder die Staatsquote noch die Steuer- und Abgabenquote sind permanent gestiegen. Nach einer Zunahme in den 70er Jahren ist es während der gesamten 80er Jahre zu einem Rückgang beider Quoten gekommen; 1989 wurde der niedrigste Wert der vergangenen 20 Jahre erreicht (Schaubild 10) sowie erstmals ein laufender Überschuß bei der Finanzierung. Den Durchbruch bei der Bekämpfung von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit hat das nicht gebracht. Ohne das massive Nachfrage-

programm „Deutsche Einheit“ wäre Westdeutschland 1990 ebenso in eine Rezession geraten wie die übrigen Industrieländer.

Das beleuchtet einen weiteren wichtigen Aspekt. Der Anstieg der Staatsquote seit 1989 ist einzig und allein mit den Folgewirkungen der deutschen Vereinigung zu erklären. Das wird in der aktuellen Diskussion aber allzu häufig ausgeblendet. Man diskutiert nicht über eine Ursachentherapie, die Frage nämlich, wie rasch Ostdeutschland aufholen und damit von Transfers aus dem Westen unabhängig werden kann, sondern man beklagt das Ausufern des deutschen Sozialstaates. Aus einer solchen Debatte folgt implizit, daß die Lasten der deutschen Vereinigung weitgehend von denen getragen werden müssen, die auf die eine oder andere Weise von staatlichen Hilfen abhängig sind; und dies auf der Basis der in keiner Weise belegten Vermutung, selbst eine in einer einmaligen historischen Situation vorübergehend erhöhte Abgabenquote vermindere die Leistungsanreize und damit die Wachstumschancen.

Auch aus konjunktureller Sicht ist es falsch, jetzt mit einem radikalen Sparkurs die staatlichen Ausgaben herunterzufahren. Besser wäre es schon in diesem Jahr gewesen, den Aufschwung nicht übermäßig durch restriktives Haushaltsgebaren zu belasten. Gerade weil die wirtschaftliche Erholung durch den Anstieg der langfristigen Zinsen schon auf das Höchste gefährdet war, wäre eine Verschiebung bei der Erhebung des Solidaritätszuschlags, wie sie das DIW vor einem Jahr gefordert hatte, sinnvoll gewesen. Eine Konsolidierung kann nur in einem kräftigen Aufschwung gelingen; das zeigt die Erfahrung der Jahre 1988 und 1989, als die Geldpolitik weltweit für eine hohe Investitions- und Exportdynamik gesorgt hatte. Soweit die Entscheidungen für die Finanzpolitik für 1996 schon gefallen sind, sollte man jetzt nicht erneut korrigieren, aber den Kurs nochmals zu verschärfen, ist angesichts der labilen Situation gefährlich und auch für die öffentlichen Haushalte kontraproduktiv.

Staatliche Politik kann letztlich nur erfolgreich sein, wenn sie von einer Geldpolitik flankiert wird, die ausreichenden Spielraum für eine Ausweitung der Produktion und Anreize zur Ausweitung der Investitionen in Sachanlagen schafft. Das gilt auch für die Angebotspolitik. Das gilt sogar für den Teil von Angebotspolitik, der gegenwärtig besonders im Vordergrund der Auseinandersetzungen steht. Weil der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht vorankommt, geht die Wirtschafts- und Sozialpolitik mehr und mehr dazu über, mit Druck auf die Arbeitslosen deren Mobilität zu erhöhen, um auf diese Weise den Aufbau von Arbeitsplätzen mit geringerer Entlohnung zu ermöglichen.

Ohne eine gesamtwirtschaftliche, das heißt eine geldpolitische Absicherung entsteht auch durch solche Maßnahmen kein einziger Arbeitsplatz. Der arbeitslose Ingenieur etwa, der den einfachen Arbeiter im Lohn unterbietet und verdrängt, schafft nicht mehr Einkommen als zuvor, also wird der verdrängte Arbeiter keinen neuen Arbeitsplatz finden; die Nachfrage wird sogar sinken, weil der Staat weniger als zuvor an Arbeitslosengeld oder -hilfe zahlt. Auch das Unternehmen, das einen „normal“ bezahlten Arbeiter entläßt, um einen Arbeiter zu einem geringen Lohn einzustellen, schafft nicht ohne weiteres einen neuen, zusätzlichen Arbeitsplatz. Selbst die neueste Variante verspricht keine Abhilfe: Wenn Inländer ausländische Arbeitskräfte verdrängen, weil ihre Arbeitslosen- und Sozialhilfeansprüche gekürzt werden, nimmt die Zahl der Arbeitslosen insgesamt nicht ab. An anderer Stelle müssen nämlich Arbeitsplätze wegfallen, weil trotz des Lohnes, den der jetzt beschäftigte Deutsche erhält, die Gesamtnachfrage sinkt. Der Staat gibt weniger aus, und die Nachfrage der ausländischen Arbeitnehmer oder des Auslandes im Inland sinkt.

In all diesen Fällen wird Arbeitslosigkeit nur umverteilt oder verschwindet aus der Statistik; Arbeitsplätze entstehen dadurch per Saldo nicht. Damit neue Arbeitsplätze entstehen, muß immer etwas Zusätzliches geschehen, es muß jemand bereit sein, sich zu verschulden und zu investieren. Damit eine neue Investition zusätzlich durchgeführt werden kann, muß zunächst das Geld bereitgestellt werden, mit dem die Transaktionen, die diese Investition auslöst, finanziert werden können. Zudem müssen aber auch die Finanzierungsbedingungen für den Investor so sein, daß er sich einen Gewinn aus der Investition verspricht. Daß prinzipiell die Bereitschaft der Investoren in Deutschland und Europa in großem Maße vorhanden ist, hat die Entwicklung des vergangenen Jahres eindrucksvoll gezeigt. Aber gezeigt hat sich nun auch, wie sensibel die Investitionstätigkeit auf Zinsvariationen in der einen oder anderen Richtung reagiert.

Das Kurieren an Symptomen, wie der Versuch, die Arbeitslosen für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, hilft nicht weiter. Eine Wirtschaftspolitik, die sich darauf konzentriert, hat vor der eigentlichen Aufgabe kapituliert. Nur wenn es gelingt, eine Rollenverteilung der Wirtschaftspolitik durchzusetzen, die keinen der zentralen Bereiche überfordert oder ausblendet, kann ein wirtschaftliches Klima geschaffen werden, das die Investitionstätigkeit der Unternehmen nicht für kurze Perioden, sondern für längere Zeiträume zum Motor der konjunkturellen Entwicklung macht. Nur dann ist ein Abbau der Arbeitslosigkeit zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1995 und 1996

	Mrd. DM			Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr		
	1994	1995	1996	1994	1995	1996
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes						
in jeweiligen Preisen:						
Privater Verbrauch	1 906,4	1 970,5	2 081,5	4,0	3,5	5,5
Staatsverbrauch	639,9	666,5	694,5	2,7	4,0	4,0
Bruttoanlageinvestitionen	742,9	781,0	806,5	5,9	5,0	3,0
Ausrüstungen	259,6	271,0	281,5	-1,5	4,5	4,0
Bauten	483,3	510,0	525,0	10,3	5,5	3,0
Vorratsveränderung	12,9	32,0	27,0	—	—	—
Außenbeitrag	19,0	21,0	9,5	—	—	—
Ausfuhr ¹⁾	731,5	753,0	782,0	7,3	3,0	4,0
Einfuhr ¹⁾	712,5	732,0	772,0	5,9	2,5	5,5
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	3 321,1	3 471,0	3 619,0	5,1	4,5	4,5
in Preisen von 1991:						
Privater Verbrauch	1 706,8	1 724,0	1 777,0	1,3	1,0	3,0
Staatsverbrauch	579,4	587,5	596,0	1,2	1,5	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	680,5	706,0	721,5	4,3	4,0	2,0
Ausrüstungen	254,3	265,5	274,0	-1,1	4,5	3,0
Bauten	426,2	440,5	447,5	7,9	3,5	1,5
Vorratsveränderung	18,0	37,0	33,0	—	—	—
Außenbeitrag	-18,3	-35,5	-52,0	—	—	—
Ausfuhr ¹⁾	720,2	722,0	736,0	7,2	0,0	2,0
Einfuhr ¹⁾	738,6	757,0	788,0	6,1	2,5	4,0
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	2 966,3	3 019,5	3 075,5	2,9	2,0	2,0
nachr.:						
Güterverwendung im Inland	2 984,6	3 055	3 127	2,6	2,5	2,5
Preisentwicklung (1991 = 100):						
Privater Verbrauch	—	—	—	2,7	2,5	2,5
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	—	—	—	2,2	2,5	2,5
Entstehung des Bruttoinlandsproduktes						
Erwerbstätige im Inland	—	—	—	-0,9	0,0	0,5
Arbeitszeit	—	—	—	-0,8	-1,0	-0,5
Arbeitsvolumen	—	—	—	-1,7	-0,5	0,0
Produktivität je Arbeitsstunde	—	—	—	4,6	2,5	1,5
<i>Bruttoinlandsprodukt (real)</i>	—	—	—	2,9	2,0	2,0
Verteilung des Volkseinkommens						
Bruttoeinkommen						
aus unselbständiger Arbeit	1 815,8	1 885,5	1 980	2,2	4,0	5,0
aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	663,9	720	741,5	9,0	8,5	3,0
Volkseinkommen	2 479,7	2 605,5	2 721,5	3,9	5,0	4,5
Nettoeinkommen						
aus unselbständiger Arbeit	963,5	971,5	1 030	-0,4	1,0	6,0
aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	582,9	638,5	656,5	13,4	9,5	3,0
Verfügbares Einkommen der priv. Haushalte	2 141,8	2 210	2 335,5	2,5	3,0	5,5
Weitere Eckdaten						
Finanzierungssaldo Staat ²⁾	-82,4	-84,5	-68,5	—	—	—
Arbeitslose (Tsd. Pers.)	3 698	3 600	3 660	—	—	—
Arbeitslosenquote (vH) ³⁾	9,6	9,3	9,4	—	—	—
Lohnstückkosten ⁴⁾	—	—	—	-0,7	2,0	3,0

¹⁾ Um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. — ²⁾ In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — ³⁾ Bezogen auf inländische Erwerbspersonen. — ⁴⁾ Inlandskonzept.

Quellen: 1994 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und der Bundesanstalt für Arbeit; sowie eigene Berechnungen. 1995 und 1996 Prognose des DIW. Angaben gerundet.

WESTDEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1995 und 1996

	Mrd. DM			Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr		
	1994	1995	1996	1994	1995	1996
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes						
in jeweiligen Preisen:						
Privater Verbrauch	1 644,5	1 693,5	1 786,5	3,5	3,0	5,5
Staatsverbrauch	520,2	541	562	2,3	4,0	4,0
Bruttoanlageinvestitionen	564,1	582	591	2,2	3,0	1,5
Ausrüstungen	205,6	214	221,5	-3,6	4,0	3,5
Bauten	358,4	368	369,5	5,9	2,5	0,5
Vorratsveränderung	8,0	30	23	—	—	—
Außenbeitrag	240,9	248	245	—	—	—
Ausfuhr	984,8	1016	1053,5	8,1	3,0	3,5
Einfuhr	743,9	768,5	808,5	7,0	3,5	5,5
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	2 977,7	3 094,5	3 207	4,3	4,0	3,5
in Preisen von 1991:						
Privater Verbrauch	1 495,4	1 506	1 551,5	0,8	0,5	3,0
Staatsverbrauch	485,1	491,5	498	1,1	1,5	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	524,2	535	538	1,2	2,0	0,5
Ausrüstungen	201,9	210	215,5	-3,1	4,0	2,5
Bauten	322,3	325	322,5	4,1	1,0	-1,0
Vorratsveränderung	12,4	32	23,5	—	—	—
Außenbeitrag	192,5	180	170,5	—	—	—
Ausfuhr	961,7	971,5	992,5	7,7	1,0	2,0
Einfuhr	769,1	791,5	822	7,1	3,0	4,0
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	2 709,6	2 744,5	2 781,5	2,3	1,5	1,5
nachr.: Güterverwendung im Inland	2 517,1	2 564,5	2 611	1,7	2,0	2,0
Preisentwicklung (1991 = 100):						
Privater Verbrauch	—	—	—	2,6	2,0	2,5
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	—	—	—	2,0	2,5	2,5
Entstehung des Bruttoinlandsproduktes						
Erwerbstätige im Inland	—	—	—	-1,3	-0,5	0,0
Arbeitszeit	—	—	—	-0,9	-1,0	-0,5
Arbeitsvolumen	—	—	—	-2,2	-1,0	0,0
Produktivität je Arbeitsstunde	—	—	—	4,6	2,5	1,5
<i>Bruttoinlandsprodukt (real)</i>	—	—	—	2,3	1,5	1,5
Verteilung des Volkseinkommens						
Bruttoeinkommen						
aus unselbständiger Arbeit	1 554,0	1 601,5	1 668	1,2	3,0	4,0
aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	643,0	695	717,5	8,4	8,0	3,0
Volkseinkommen	2 197,1	2 296,5	2 385,5	3,2	4,5	4,0
Nettoeinkommen						
aus unselbständiger Arbeit	813,5	812,5	854	-1,5	0,0	5,0
Weitere Eckdaten						
Arbeitslose (Tsd. Pers.)	2 556	2 555	2 605	—	—	—
Arbeitslosenquote (vH) ¹⁾	8,3	8,3	8,5	—	—	—
Lohnstückkosten ²⁾	—	—	—	-1,0	1,5	3,0

¹⁾ Bezogen auf inländische Erwerbspersonen. — ²⁾ Inlandskonzept.

Quellen: 1994 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und der Bundesanstalt für Arbeit; sowie eigene Berechnungen. 1995 und 1996 Prognose des DIW. Angaben gerundet.

OSTDEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1995 und 1996

	Mrd. DM			Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr		
	1994	1995	1996	1994	1995	1996
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes						
in jeweiligen Preisen:						
Privater Verbrauch	261,9	277,0	295,0	7,6	5,5	6,5
Staatsverbrauch	119,7	126,0	132,5	4,5	5,0	5,5
Bruttoanlageinvestitionen	178,9	199,0	216,0	19,2	11,5	8,5
Ausrüstungen	54,0	57,5	60,5	7,3	6,5	5,0
Bauten	124,9	142,0	155,5	25,2	13,5	9,5
Vorratsveränderung	4,8	2,0	3,5	—	—	—
Außenbeitrag	−221,8	−227,0	−235,5	—	—	—
Ausfuhr	67,6	77,5	82,0	23,1	14,5	6,0
Einfuhr	289,4	304,5	317,5	10,6	5,0	4,5
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	343,4	377,0	412,0	12,4	9,5	9,5
in Preisen von 1991:						
Privater Verbrauch	211,4	218,0	225,5	4,5	3,0	3,5
Staatsverbrauch	94,3	96,0	98,0	1,8	2,0	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	156,3	171,0	183,5	16,5	9,5	7,0
Ausrüstungen	52,4	56,0	58,5	7,4	6,5	5,0
Bauten	103,9	115,5	125,0	21,6	11,0	8,5
Vorratsveränderung	5,6	5,0	9,5	—	—	—
Außenbeitrag	−210,9	−215,0	−222,5	—	—	—
Ausfuhr	66,9	75,5	78,5	22,6	12,5	4,5
Einfuhr	277,7	290,5	301,0	9,4	4,5	3,5
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	256,7	275,0	294,0	9,2	7,0	7,0
nachr.:						
Güterverwendung im Inland	467,6	490,5	516,5	7,7	5,0	5,5
Preisentwicklung (1991 = 100):						
Privater Verbrauch	—	—	—	3,0	2,5	3,0
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	—	—	—	2,9	2,5	2,0
Entstehung des Bruttoinlandsproduktes						
Erwerbstätige im Inland	—	—	—	1,1	2,5	2,0
Arbeitszeit	—	—	—	−0,7	−1,0	−0,5
Arbeitsvolumen	—	—	—	0,4	1,5	1,5
Produktivität je Arbeitsstunde	—	—	—	8,8	6,0	5,0
<i>Bruttoinlandsprodukt (real)</i>	—	—	—	9,2	7,0	7,0
Verteilung des Volkseinkommens						
Bruttoeinkommen						
aus unselbständiger Arbeit	261,8	284,0	312,5	8,5	8,5	10,0
aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	20,9	25,5	24,0	34,4	21,0	−6,0
Volkseinkommen	282,7	309,5	336,0	10,1	9,5	8,5
Nettoeinkommen						
aus unselbständiger Arbeit	150,0	158,5	176,0	5,5	5,5	11,0
Weitere Eckdaten						
Arbeitslose (Tsd. Pers.)	1 143	1 045	1 055	—	—	—
Arbeitslosenquote (vH) ¹⁾	14,8	14,3	14,2	—	—	—
Lohnstückkosten ²⁾	—	—	—	−0,4	1,5	3,0

¹⁾ Bezogen auf inländische Erwerbspersonen. — ²⁾ Inlandskonzept.

Quellen: 1994 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und der Bundesanstalt für Arbeit; sowie eigene Berechnungen. 1995 und 1996 Prognose des DIW. Angaben gerundet.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1993	1994	1992	1993				1994				1995
			IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
A. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu Preisen von 1991												
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	56 784	55 827	14 721	14 413	14 275	13 701	14 395	14 272	14 103	13 453	13 999	14 314
Beschäftigte (1000 Pers.)	31 674	31 350	32 295	31 686	31 664	31 680	31 666	31 171	31 261	31 418	31 550	31 122
Produktivität (DM)	50,81	53,18	50,66	48,07	49,95	53,53	51,71	49,87	52,05	56,03	54,77	50,72
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM)	2 883,6	2 966,3	745,8	692,8	713,0	733,4	744,4	711,8	734,1	753,7	766,7	726,1
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 777,2	1 815,8	496,9	403,7	425,6	441,7	506,3	416,7	432,3	448,6	518,2	433,7
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1 441,2	1 462,6	404,6	326,9	344,3	359,2	410,9	335,7	347,4	361,9	417,6	348,9
Nettolohn- u. -gehaltsumme	967,6	963,5	268,1	222,0	228,9	246,1	270,7	225,3	227,4	243,3	267,4	233,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	608,8	663,9	135,5	154,5	160,4	164,4	129,5	165,7	174,0	178,2	146,1	177,7
Indirekte Steuern abz. Subventionen	344,8	374,4	86,1	84,0	85,1	85,6	90,1	91,9	94,9	93,3	94,3	90,1
Abschreibungen	426,8	442,9	102,4	104,3	106,7	107,5	108,3	109,2	110,7	111,1	111,9	112,7
Bruttosozialprodukt	3 157,6	3 297,0	820,8	746,5	777,8	799,2	834,1	783,4	811,9	831,2	870,5	814,2
C. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	1 832,2	1 906,4	475,6	433,2	448,4	457,5	493,1	458,4	465,7	474,4	507,9	467,2
Öffentlicher Verbrauch	623,0	639,9	185,2	139,9	145,3	152,2	185,6	145,2	147,9	154,8	192,0	149,7
Anlageinvestitionen	701,8	742,9	188,7	152,9	182,8	182,7	183,4	159,4	192,1	192,9	198,7	167,1
Bauten	438,2	483,3	104,3	92,7	116,6	120,0	108,9	103,4	127,8	130,1	122,0	107,8
Ausrüstungen	263,6	259,6	84,4	60,2	66,2	62,7	74,6	56,0	64,3	62,7	76,6	59,4
Vorratsveränderung	-7,3	12,9	-35,3	12,7	-2,7	13,8	-31,0	19,2	1,7	21,4	-29,4	28,4
Außenbeitrag	9,3	19,0	-0,6	6,9	0,2	-5,6	7,8	6,0	6,1	-4,4	11,2	9,4
Ausfuhr	682,0	731,5	183,0	168,3	167,5	165,5	180,8	172,6	184,1	176,3	198,5	187,1
darunter: Waren	594,7	647,3	158,9	147,6	145,8	142,2	159,1	151,2	163,2	153,9	179,0	165,4
Einfuhr	672,7	712,5	183,6	161,4	167,3	171,1	172,9	166,5	178,0	180,6	187,3	177,7
darunter: Waren	530,0	564,1	149,5	130,8	132,7	128,6	138,0	133,4	142,1	136,4	152,3	142,9
Bruttoinlandsprodukt	3 159,1	3 321,1	813,6	745,5	774,0	800,6	839,0	788,2	813,4	839,1	880,4	821,8
Zu Preisen von 1991 (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	1 685,3	1 706,8	449,9	400,0	413,6	422,9	448,8	410,9	418,1	427,0	450,8	408,8
Öffentlicher Verbrauch	572,3	579,4	157,3	137,3	139,4	141,9	153,8	138,1	140,6	143,2	157,4	139,3
Anlageinvestitionen	652,2	680,5	179,5	143,4	169,3	169,0	170,5	146,6	175,2	175,9	182,7	151,9
Bauten	395,2	426,2	96,8	84,5	105,2	107,8	97,7	92,0	112,8	114,4	107,0	93,5
Ausrüstungen	257,1	254,3	82,7	58,9	64,1	61,2	72,8	54,7	62,4	61,6	75,6	58,4
Vorratsveränderung	-1,8	18,0	-32,5	11,6	-0,8	14,4	-27,1	18,5	3,7	21,6	-25,9	27,8
Außenbeitrag	-24,4	-18,3	-8,4	0,5	-8,5	-14,8	-1,6	-2,3	-3,6	-14,0	1,7	-1,8
Ausfuhr	671,9	720,2	181,6	166,6	165,1	162,3	177,9	169,9	181,6	173,6	195,1	179,4
darunter: Waren	589,7	642,0	158,7	146,8	144,5	140,3	158,0	150,0	162,1	152,7	177,2	159,3
Einfuhr	696,3	738,6	190,0	166,2	173,6	177,1	179,4	172,2	185,2	187,7	193,4	181,2
darunter: Waren	553,9	590,8	156,1	135,8	138,7	134,1	145,4	139,8	148,9	142,7	159,4	147,2
Bruttoinlandsprodukt	2 883,6	2 966,3	745,8	692,8	713,0	733,4	744,4	711,8	734,1	753,7	766,7	726,1
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2 882,5	2 944,3	752,6	693,8	716,6	732,1	740,0	707,4	732,7	746,4	757,8	719,0
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	108,7	111,7	105,7	108,3	108,4	108,2	109,9	111,6	111,4	111,1	112,7	114,3
Öffentlicher Verbrauch	108,9	110,5	117,7	101,9	104,2	107,3	120,7	105,1	105,1	108,2	122,0	107,5
Bauten	110,9	113,4	107,7	109,6	110,9	111,3	111,5	112,5	113,3	113,8	114,0	115,3
Ausrüstungen	102,5	102,1	102,1	102,2	103,2	102,4	102,4	102,4	103,0	101,9	101,3	101,7
Ausfuhr	101,5	101,6	100,8	101,0	101,5	102,0	101,6	101,6	101,4	101,5	101,7	104,3
Einfuhr	96,6	96,5	96,6	97,1	96,4	96,6	96,4	96,7	96,1	96,2	96,8	98,1
Nachr.: Terms of Trade	105,1	105,3	104,3	104,0	105,3	105,6	105,4	105,1	105,5	105,5	105,1	106,3
Bruttoinlandsprodukt	109,6	112,0	109,1	107,6	108,6	109,2	112,7	110,7	110,8	111,3	114,8	113,2
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	110,4	110,4	118,2	104,2	106,3	108,0	122,5	105,4	105,6	107,6	122,4	108,0

¹⁾ Die Abweichungen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen bedingt. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttosozialprodukt; Index: 1991 = 100 (Inländerkonzept).

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Entwicklung der Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1993	1994	1992	1993				1994				1995
			IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
A. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu Preisen von 1991												
Arbeitsvolumen	-2,7	-1,7	2,0	-4,0	-1,7	-2,7	-2,2	-1,0	-1,2	-1,8	-2,8	0,3
Beschäftigte	-2,1	-1,0	-2,1	-2,1	-2,2	-2,2	-2,0	-1,6	-1,3	-0,8	-0,4	-0,2
Produktivität	1,6	4,7	-0,3	1,5	0,5	2,3	2,1	3,8	4,2	4,7	5,9	1,7
Bruttoinlandsprodukt	-1,1	2,9	1,7	-2,6	-1,3	-0,5	-0,2	2,7	3,0	2,8	3,0	2,0
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	2,4	2,2	6,8	3,9	3,0	0,8	1,9	3,2	1,6	1,6	2,4	4,1
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	2,0	1,5	6,5	3,7	2,5	0,5	1,6	2,7	0,9	0,8	1,6	3,9
Nettolohn- u. -gehaltsumme	2,0	-0,4	6,4	3,5	2,9	0,8	1,0	1,5	-0,6	-1,1	-1,2	3,4
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-3,5	9,0	2,8	-10,0	-1,6	2,2	-4,4	7,2	8,4	8,4	12,8	7,3
Indirekte Steuern abz. Subventionen	5,8	8,6	5,8	4,8	6,5	7,5	4,7	9,4	11,6	8,9	4,7	-1,9
Abschreibungen	6,8	3,8	8,7	7,8	7,2	6,4	5,7	4,7	3,7	3,3	3,4	3,2
Bruttosozialprodukt	2,1	4,4	6,3	1,3	2,9	2,5	1,6	4,9	4,4	4,0	4,4	3,9
C. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Privater Verbrauch	4,4	4,1	7,5	4,5	4,4	5,1	3,7	5,8	3,9	3,7	3,0	1,9
Öffentlicher Verbrauch	1,7	2,7	8,3	3,6	2,7	0,8	0,3	3,8	1,7	1,8	3,4	3,1
Anlageinvestitionen	-1,6	5,9	5,8	-2,4	-1,6	0,3	-2,8	4,3	5,1	5,5	8,3	4,9
Bauten	7,1	10,3	16,4	5,9	8,6	9,3	4,4	11,6	9,6	8,4	12,1	4,2
Ausrüstungen	-13,3	-1,5	-5,0	-12,9	-15,6	-13,3	-11,6	-7,0	-2,9	0,0	2,8	6,1
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	-5,4	7,3	-1,7	-8,1	-5,1	-7,1	-1,2	2,6	9,9	6,5	9,8	8,4
darunter: Waren	-5,5	8,9	-2,8	-8,9	-5,4	-8,0	0,1	2,5	11,9	8,2	12,5	9,4
Einfuhr	-7,4	5,9	0,9	-11,1	-7,4	-5,2	-5,8	3,2	6,4	5,6	8,3	6,7
darunter: Waren	-9,9	6,4	-1,0	-13,9	-9,8	-8,2	-7,7	2,1	7,0	6,1	10,4	7,1
Bruttoinlandsprodukt	2,7	5,1	6,3	1,8	3,1	2,8	3,1	5,7	5,1	4,8	4,9	4,3
Zu Preisen von 1991												
Privater Verbrauch	0,5	1,3	4,4	0,2	0,6	1,4	-0,2	2,7	1,1	1,0	0,5	-0,5
Öffentlicher Verbrauch	-1,2	1,2	3,8	-0,9	-1,4	0,0	-2,3	0,6	0,9	0,9	2,4	0,9
Anlageinvestitionen	-4,5	4,3	1,8	-5,8	-4,7	-2,5	-5,0	2,2	3,5	4,1	7,1	3,6
Bauten	2,8	7,9	10,2	0,6	4,0	5,4	0,9	8,8	7,3	6,1	9,6	1,6
Ausrüstungen	-13,8	-1,1	-6,6	-13,7	-16,1	-13,8	-11,9	-7,2	-2,7	0,6	3,8	6,8
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	-6,2	7,2	-2,0	-8,8	-5,8	-8,0	-2,1	2,0	10,0	7,0	9,7	5,6
darunter: Waren	-6,0	8,9	-2,7	-9,2	-5,9	-8,6	-0,5	2,2	12,1	8,8	12,2	6,2
Einfuhr	-6,1	6,1	4,3	-9,9	-5,0	-4,1	-5,6	3,7	6,7	6,0	7,8	5,2
darunter: Waren	-8,5	6,7	2,8	-12,5	-7,3	-7,2	-6,9	3,0	7,3	6,5	9,7	5,3
Bruttoinlandsprodukt	-1,1	2,9	1,7	-2,6	-1,3	-0,5	-0,2	2,7	3,0	2,8	3,0	2,0
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	-1,7	2,1	1,7	-3,1	-1,4	-0,8	-1,7	2,0	2,3	2,0	2,4	1,6
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	3,9	2,7	3,0	4,3	3,8	3,7	3,9	3,0	2,7	2,7	2,5	2,4
Öffentlicher Verbrauch	2,9	1,5	4,3	4,4	4,1	0,8	2,6	3,1	0,9	0,8	1,0	2,2
Bauten	4,2	2,3	5,7	5,2	4,5	3,7	3,5	2,6	2,1	2,2	2,3	2,5
Ausrüstungen	0,6	-0,4	1,7	0,9	0,7	0,6	0,3	0,2	-0,2	-0,6	-1,0	-0,7
Ausfuhr	0,8	0,1	0,3	0,7	0,8	1,0	0,9	0,6	-0,1	-0,5	0,1	2,7
Einfuhr	-1,3	-0,2	-3,2	-1,3	-2,6	-1,1	-0,2	-0,4	-0,3	-0,4	0,5	1,5
Nachr.: Terms of Trade	2,1	0,2	3,7	2,0	3,4	2,1	1,1	1,0	0,2	-0,1	-0,4	1,2
Bruttoinlandsprodukt	3,9	2,2	4,5	4,5	4,4	3,3	3,3	2,9	2,1	2,0	1,9	2,2
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	4,2	0,0	5,1	7,3	4,5	1,6	3,6	1,2	-0,6	-0,4	0,0	2,4

1) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttosozialprodukt; Index: 1991 = 100 (Inländerkonzept).

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Saisonbereinigte Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1992			1993				1994				1995
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
A. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu Preisen von 1991												
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	14 474	14 528	14 534	14 195	14 234	14 171	14 172	14 067	14 033	13 930	13 820	14 061
Beschäftigte (1000 Pers.)	32 432	32 296	32 095	31 912	31 734	31 587	31 465	31 391	31 337	31 326	31 347	31 340
Produktivität (DM)	50	50	50	50	51	51	51	52	53	53	54	53
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM)	727	729	728	715	719	723	725	735	740	743	748	749
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM) ³⁾												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 713	1 761	1 767	1 758	1 775	1 781	1 795	1 805	1 804	1 814	1 843	1 869
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1 396	1 433	1 436	1 428	1 440	1 444	1 454	1 458	1 454	1 459	1 481	1 506
Nettolohn- u. -gehaltsumme	936	962	966	960	968	970	975	969	963	961	964	994
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	630	616	628	593	610	619	611	643	660	671	682	690
Indirekte Steuern abz. Subventionen	325	327	334	336	341	349	354	368	378	379	372	363
Abschreibungen	396	404	411	418	425	430	434	438	441	444	449	452
Bruttosozialprodukt	3 064	3 108	3 140	3 105	3 151	3 179	3 195	3 254	3 283	3 308	3 345	3 373
C. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM) ³⁾												
Privater Verbrauch	1 738	1 765	1 795	1 793	1 823	1 848	1 862	1 893	1 897	1 914	1 923	1 926
Öffentlicher Verbrauch	602	620	627	617	624	626	626	636	635	638	651	653
Anlageinvestitionen	716	711	717	700	698	707	696	724	736	745	766	753
Bauten	403	409	426	423	435	446	443	467	479	485	501	485
Ausrüstungen	312	302	291	277	264	261	253	257	257	260	266	268
Vorratsveränderung	-3	-6	-13	-23	-8	-8	6	5	9	20	13	38
Außenbeitrag	-5	6	-12	11	5	5	18	10	25	16	28	26
Ausfuhr	725	720	699	685	672	679	682	701	733	728	764	757
darunter: Waren	636	630	605	597	584	591	596	614	648	644	684	670
Einfuhr	731	714	710	674	667	675	665	691	709	712	736	731
darunter: Waren	593	577	570	535	526	531	520	544	562	563	588	579
Bruttoinlandsprodukt	3 047	3 096	3 114	3 098	3 142	3 178	3 207	3 267	3 301	3 332	3 381	3 395
Zu Preisen von 1991, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM) ³⁾												
Privater Verbrauch	1 664	1 678	1 697	1 670	1 684	1 694	1 692	1 712	1 705	1 708	1 703	1 701
Öffentlicher Verbrauch	578	577	583	573	572	575	569	576	578	579	584	581
Anlageinvestitionen	688	678	677	657	650	655	642	666	675	681	700	686
Bauten	381	382	393	386	393	401	396	416	423	426	438	422
Ausrüstungen	306	296	284	270	257	254	246	250	251	255	261	264
Vorratsveränderung	0	-2	-10	-20	-3	-1	12	10	15	24	18	43
Außenbeitrag	-20	-17	-41	-17	-30	-31	-18	-26	-13	-22	-10	-21
Ausfuhr	721	715	693	678	662	668	670	691	723	718	749	728
darunter: Waren	634	627	603	594	579	585	590	610	644	640	674	648
Einfuhr	741	732	734	695	692	698	688	718	736	740	759	749
darunter: Waren	605	597	593	556	551	555	545	572	589	590	613	598
Bruttoinlandsprodukt	2 909	2 914	2 907	2 863	2 873	2 892	2 897	2 938	2 959	2 971	2 995	2 990
Nachr.: Bruttosozialprodukt	2 928	2 923	2 929	2 871	2 879	2 892	2 881	2 924	2 941	2 946	2 964	2 964
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	104	105	106	107	108	109	110	111	111	112	113	113
Öffentlicher Verbrauch	104	107	107	107	109	109	110	110	110	110	111	112
Bauten	106	107	108	110	111	111	112	112	113	114	114	115
Ausrüstungen	102	102	102	102	103	103	103	103	102	102	102	102
Ausfuhr	101	101	101	101	101	102	102	102	101	101	102	104
Einfuhr	99	98	97	97	96	97	97	96	96	96	97	98
Nachr.: Terms of Trade	102	103	104	104	105	105	105	105	105	105	105	106
Bruttoinlandsprodukt	105	106	107	108	109	110	111	111	112	112	113	114
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	105	108	108	110	110	110	111	110	110	110	111	113

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Ergebnisse wurden gerundet. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttosozialprodukt; Index: 1991 = 100 (Inländerkonzept). — ³⁾ Vierteljahresdaten auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Entwicklung der saisonbereinigten Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1992			1993				1994				1995
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
A. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu Preisen von 1991												
Arbeitsvolumen	-1,5	0,5	0,0	-2,5	0,5	-0,5	0,0	-0,5	0,0	-0,5	-1,0	1,5
Beschäftigte	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Produktivität	1,0	0,0	0,0	0,5	0,5	1,0	0,5	2,0	1,0	1,5	1,0	-1,5
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,5	0,0	-1,5	0,5	0,5	0,5	1,5	0,5	0,5	0,5	0,0
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1,5	3,0	0,5	-0,5	1,0	0,5	1,0	0,5	0,0	0,5	1,5	1,5
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1,5	2,5	0,0	-0,5	1,0	0,5	0,5	0,5	-0,5	0,5	1,5	1,5
Nettolohn- u. -gehaltsumme	1,5	3,0	0,5	-0,5	1,0	0,0	0,5	-0,5	-0,5	0,0	0,5	3,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-2,5	-2,5	2,0	-5,5	3,0	1,5	-1,5	5,0	2,5	1,5	1,5	1,0
Indirekte Steuern abz. Subventionen	1,5	0,5	2,0	0,5	1,5	2,0	1,5	4,0	2,5	0,0	-1,5	-2,5
Abschreibungen	2,0	2,0	2,0	1,5	1,5	1,0	1,0	1,0	0,5	1,0	1,0	0,5
Bruttosozialprodukt	0,5	1,5	1,0	-1,0	1,5	1,0	0,5	2,0	1,0	1,0	1,0	1,0
C. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	1,5	1,5	1,5	0,0	1,5	1,5	1,0	1,5	0,0	1,0	0,5	0,0
Öffentlicher Verbrauch	1,0	3,0	1,0	-1,5	1,0	0,5	0,0	1,5	-0,5	0,5	2,0	0,5
Anlageinvestitionen	1,5	-0,5	1,0	-2,5	0,0	1,0	-1,5	4,0	1,5	1,0	3,0	-1,5
Bauten	2,0	1,5	4,0	-0,5	3,0	2,5	-0,5	5,5	2,5	1,0	3,5	-3,0
Ausrüstungen	0,5	-3,5	-3,5	-5,0	-5,0	-1,0	-3,0	1,5	0,0	1,0	2,0	1,0
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	-1,0	-0,5	-3,0	-2,0	-2,0	1,0	0,5	3,0	4,5	-0,5	5,0	-1,0
darunter: Waren	-1,0	-1,0	-4,0	-1,5	-2,0	1,5	1,0	3,0	5,5	-0,5	6,0	-2,0
Einfuhr	-1,0	-2,5	-0,5	-5,0	-1,0	1,0	-1,5	4,0	2,5	0,5	3,5	-0,5
darunter: Waren	-2,0	-2,5	-1,0	-6,0	-1,5	1,0	-2,0	4,5	3,0	0,5	4,5	-1,5
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,5	0,5	-0,5	1,5	1,0	1,0	2,0	1,0	1,0	1,5	0,5
Zu Preisen von 1991, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	0,5	1,0	1,0	-1,5	1,0	0,5	0,0	1,0	-0,5	0,0	-0,5	0,0
Öffentlicher Verbrauch	0,0	0,0	1,0	-2,0	0,0	0,5	-1,0	1,5	0,0	0,5	1,0	-0,5
Anlageinvestitionen	0,5	-1,5	0,0	-3,0	-1,0	1,0	-2,0	4,0	1,0	1,0	2,5	-2,0
Bauten	0,5	0,0	3,0	-1,5	2,0	2,0	-1,5	5,0	2,0	0,5	3,0	-3,5
Ausrüstungen	0,0	-3,5	-4,0	-5,0	-5,0	-1,0	-3,0	1,5	0,5	1,5	2,5	1,0
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	-1,0	-1,0	-3,0	-2,0	-2,5	1,0	0,5	3,0	4,5	-1,0	4,5	-2,5
darunter: Waren	-1,0	-1,0	-4,0	-1,5	-2,5	1,0	1,0	3,5	5,5	-0,5	5,5	-4,0
Einfuhr	-1,0	-1,0	0,0	-5,5	-0,5	1,0	-1,5	4,5	2,5	0,5	2,5	-1,5
darunter: Waren	-1,5	-1,5	-0,5	-6,5	-1,0	0,5	-2,0	5,0	3,0	0,0	4,0	-2,5
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,0	0,0	-1,5	0,5	0,5	0,0	1,5	0,5	0,5	1,0	0,0
Nachr.: Bruttosozialprodukt	-0,5	0,0	0,0	-2,0	0,5	0,5	-0,5	1,5	0,5	0,0	0,5	0,0
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	1,0	0,5	0,5	1,5	1,0	1,0	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Öffentlicher Verbrauch	0,5	3,0	-0,5	0,5	1,0	0,0	1,0	0,5	-0,5	0,5	1,0	1,0
Bauten	1,5	1,5	1,0	1,0	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungen	0,5	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,5	0,0
Ausfuhr	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	0,5	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,5	2,0
Einfuhr	0,0	-1,0	-0,5	0,0	-0,5	0,5	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,5	0,5
Nachrichtlich: Terms of Trade	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,5	1,0	1,0	1,0	0,5	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	1,5	3,0	0,0	1,5	0,5	0,0	1,0	-1,0	-0,5	0,5	1,0	1,5

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttosozialprodukt; Index: 1991 = 100 (Inländerkonzept).

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

WESTDEUTSCHLAND
Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1993	1994	1992 IV	1993				1994				1995 I
				I	II	III	IV	I	II	III	IV	
A. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu Preisen von 1991												
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	46 178	45 178	12 061	11 752	11 602	11 146	11 678	11 549	11 402	10 885	11 342	11 535
Beschäftigte (1000 Pers.)	25 930	25 561	26 431	25 962	25 938	25 931	25 889	25 485	25 527	25 583	25 649	25 300
Produktivität (DM)	57,39	60,02	57,02	54,43	56,53	60,07	58,54	56,58	58,87	62,89	61,75	57,43
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM)	2 648,6	2 709,6	687,7	639,6	655,9	669,5	683,6	653,4	671,2	684,6	700,4	662,5
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 535,9	1 554,0	431,4	351,0	369,1	379,8	436,0	358,1	370,9	382,4	442,7	368,5
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1 239,5	1 245,0	349,7	282,8	297,4	307,3	352,0	286,9	296,5	306,8	354,9	294,6
Nettolohn- u. -gehaltsumme	825,5	813,5	229,5	190,5	196,1	209,2	229,7	191,1	192,3	205,0	225,1	195,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	593,3	643,0	136,8	151,3	156,1	157,9	128,0	162,8	168,7	170,0	141,5	174,4
Indirekte Steuern abz. Subventionen	334,4	359,9	83,8	82,2	82,2	82,4	87,6	88,1	89,7	89,2	92,9	86,9
Abschreibungen	379,2	388,4	91,7	93,1	95,0	95,4	95,7	96,2	97,3	97,3	97,6	97,9
Bruttosozialprodukt	2 842,8	2 945,3	743,7	677,6	702,4	715,5	747,3	705,3	726,5	738,9	774,6	727,8
C. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	1 588,9	1 644,5	416,0	377,2	389,1	395,2	427,4	397,3	401,7	407,8	437,7	402,9
Öffentlicher Verbrauch	508,5	520,2	149,1	115,9	119,5	123,5	149,6	119,3	120,6	125,7	154,6	123,0
Anlageinvestitionen	551,8	564,1	155,4	121,4	144,5	142,1	143,9	121,0	146,4	145,0	151,6	122,8
Bauten	338,5	358,4	83,9	71,9	90,7	92,4	83,6	76,7	95,4	95,9	90,3	76,2
Ausrüstungen	213,3	205,6	71,5	49,4	53,8	49,8	60,3	44,3	51,0	49,1	61,3	46,7
Vorratsveränderung	-11,5	8,0	-31,3	9,8	-2,6	11,5	-30,2	14,8	1,5	19,1	-27,3	24,9
Außenbeitrag	216,0	240,9	50,4	54,4	50,6	46,9	64,1	59,1	60,0	51,2	70,5	63,8
Ausfuhr	911,3	984,8	238,4	221,9	222,5	223,4	243,5	232,5	245,0	240,3	266,9	251,0
darunter: Waren	787,6	866,4	203,0	192,7	192,1	191,0	211,8	203,1	215,8	209,5	238,1	221,9
Einfuhr	695,2	743,9	188,0	167,5	171,9	176,6	179,4	173,4	185,0	189,1	196,4	187,3
darunter: Waren	546,0	589,0	152,2	135,2	136,2	132,3	142,3	138,6	147,8	142,9	159,7	151,3
Bruttoinlandsprodukt	2 853,7	2 977,7	739,6	678,7	701,1	719,2	754,7	711,6	730,2	748,9	787,0	737,3
Zu Preisen von 1991 (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	1 483,0	1 495,4	396,5	353,4	364,2	371,2	394,2	361,7	366,5	373,3	393,9	357,9
Öffentlicher Verbrauch	479,7	485,1	130,1	116,1	117,1	118,9	127,6	116,5	117,9	120,0	130,7	117,6
Anlageinvestitionen	518,0	524,2	148,8	114,9	135,1	132,9	135,1	112,9	135,6	134,3	141,4	113,6
Bauten	309,7	322,3	78,7	66,5	82,9	84,2	76,2	69,6	85,9	86,0	80,8	67,6
Ausrüstungen	208,3	201,9	70,0	48,4	52,2	48,7	59,0	43,3	49,7	48,3	60,6	46,0
Vorratsveränderung	-7,0	12,4	-28,7	8,8	-0,7	11,1	-26,2	13,9	3,4	18,5	-23,3	24,0
Außenbeitrag	174,8	192,5	41,1	46,4	40,2	35,4	52,8	48,5	47,8	38,5	57,7	49,3
Ausfuhr	893,0	961,7	235,4	218,5	218,2	217,9	238,5	227,4	239,9	234,5	260,0	239,5
darunter: Waren	777,2	852,6	201,9	190,7	189,5	187,5	209,5	200,1	212,8	206,0	233,7	212,8
Einfuhr	718,2	769,1	194,3	172,1	178,0	182,5	185,7	178,9	192,0	196,0	202,3	190,3
darunter: Waren	569,2	614,7	158,5	140,1	142,0	137,7	149,5	144,8	154,4	149,1	166,5	155,2
Bruttoinlandsprodukt	2 648,6	2 709,6	687,7	639,6	655,9	669,5	683,6	653,4	671,2	684,6	700,4	662,5
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2 639,0	2 680,3	691,6	638,7	657,2	666,2	676,9	647,6	667,9	675,5	689,3	653,8
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	107,1	110,0	104,9	106,7	106,9	106,5	108,4	109,9	109,6	109,2	111,1	112,6
Öffentlicher Verbrauch	106,0	107,3	114,7	99,9	102,1	103,8	117,2	102,4	102,3	104,8	118,3	104,6
Bauten	109,3	111,2	106,6	108,1	109,4	109,7	109,7	110,3	111,1	111,6	111,7	112,6
Ausrüstungen	102,4	101,9	102,0	102,1	103,0	102,3	102,3	102,3	102,7	101,6	101,2	101,5
Ausfuhr	102,0	102,4	101,3	101,6	102,0	102,5	102,1	102,3	102,2	102,5	102,7	104,8
Einfuhr	96,8	96,7	96,8	97,3	96,6	96,8	96,6	96,9	96,4	96,5	97,1	98,4
Nachr.: Terms of Trade	105,4	105,9	104,7	104,4	105,6	106,0	105,7	105,5	106,0	106,2	105,7	106,5
Bruttoinlandsprodukt	107,7	109,9	107,6	106,1	106,9	107,4	110,4	108,9	108,8	109,4	112,4	111,3
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	109,2	108,8	117,0	103,1	105,4	107,0	120,8	103,7	104,2	106,2	120,5	105,7

¹⁾ Die Abweichungen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen bedingt. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttosozialprodukt; Index: 1991 = 100 (Inländerkonzept).

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

WESTDEUTSCHLAND
Entwicklung der Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1993	1994	1992	1993				1994				1995
			IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
A. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu Preisen von 1991												
Arbeitsvolumen	-3,1	-2,2	2,4	-4,0	-2,0	-3,2	-3,2	-1,7	-1,7	-2,3	-2,9	-0,1
Beschäftigte	-1,7	-1,4	-0,2	-1,2	-1,7	-2,0	-2,1	-1,8	-1,6	-1,3	-0,9	-0,7
Produktivität	1,5	4,6	-1,2	0,7	0,2	2,2	2,7	4,0	4,1	4,7	5,5	1,5
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,3	1,1	-3,3	-1,9	-1,1	-0,6	2,2	2,3	2,3	2,5	1,4
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. a. uns. Arb.	1,5	1,2	5,6	2,9	2,1	0,0	1,1	2,0	0,5	0,7	1,5	2,9
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1,0	0,5	5,3	2,6	1,6	-0,4	0,7	1,5	-0,3	-0,2	0,8	2,7
Nettolohn- u. -gehaltsumme	1,1	-1,5	5,9	2,6	2,2	-0,2	0,1	0,3	-1,9	-2,0	-2,0	2,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-5,4	8,4	4,4	-11,7	-3,6	0,6	-6,5	7,6	8,0	7,7	10,6	7,1
Indirekte Steuern abz. Subventionen	4,7	7,6	2,2	3,8	4,8	5,7	4,6	7,1	9,2	8,2	6,0	-1,3
Abschreibungen	5,4	2,4	7,3	6,4	5,8	5,1	4,4	3,4	2,4	2,0	1,9	1,8
Bruttosozialprodukt	0,8	3,6	5,2	-0,2	1,6	1,4	0,5	4,1	3,4	3,3	3,7	3,2
C. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Privater Verbrauch	3,4	3,5	6,6	3,2	3,6	4,3	2,7	5,3	3,2	3,2	2,4	1,4
Öffentlicher Verbrauch	1,1	2,3	7,6	2,4	1,8	0,3	0,3	2,9	0,9	1,9	3,3	3,1
Anlageinvestitionen	-6,0	2,2	1,9	-6,0	-6,0	-4,4	-7,4	-0,3	1,4	2,0	5,4	1,5
Bauten	2,8	5,9	10,5	2,0	4,4	4,9	-0,5	6,7	5,3	3,9	8,1	-0,8
Ausrüstungen	-17,2	-3,6	-6,5	-15,7	-19,5	-17,9	-15,6	-10,4	-5,2	-1,5	1,6	5,4
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	-2,3	8,1	1,2	-4,9	-3,2	-3,3	2,1	4,8	10,1	7,6	9,6	8,0
darunter: Waren	-1,6	10,0	0,9	-4,9	-2,9	-3,2	4,3	5,4	12,4	9,7	12,4	9,3
Einfuhr	-6,5	7,0	1,4	-9,9	-7,1	-4,1	-4,6	3,5	7,7	7,1	9,5	8,0
darunter: Waren	-8,9	7,9	-0,5	-12,8	-9,4	-6,8	-6,5	2,5	8,5	8,0	12,3	9,1
Bruttoinlandsprodukt	1,5	4,4	5,2	0,3	1,7	1,7	2,0	4,9	4,2	4,1	4,3	3,6
Zu Preisen von 1991												
Privater Verbrauch	0,2	0,8	3,6	-0,4	0,4	1,3	-0,6	2,3	0,6	0,6	-0,1	-1,0
Öffentlicher Verbrauch	-1,2	1,1	4,4	-1,1	-1,4	-0,2	-1,9	0,3	0,7	0,9	2,4	0,9
Anlageinvestitionen	-8,3	1,2	-1,4	-8,9	-8,6	-6,7	-9,2	-1,8	0,3	1,1	4,7	0,7
Bauten	-0,8	4,1	5,3	-2,5	0,5	1,7	-3,2	4,6	3,6	2,2	6,1	-2,8
Ausrüstungen	-17,6	-3,1	-8,0	-16,4	-20,0	-18,3	-15,8	-10,6	-4,9	-0,8	2,8	6,3
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	-3,2	7,7	0,5	-5,8	-4,1	-4,3	1,3	4,1	9,9	7,6	9,0	5,3
darunter: Waren	-2,2	9,7	0,5	-5,5	-3,5	-3,8	3,8	4,9	12,3	9,8	11,5	6,3
Einfuhr	-5,3	7,1	4,6	-8,9	-4,9	-3,0	-4,4	3,9	7,9	7,4	9,0	6,4
darunter: Waren	-7,6	8,0	3,1	-11,4	-7,0	-5,9	-5,7	3,4	8,7	8,3	11,4	7,2
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,3	1,1	-3,3	-1,9	-1,1	-0,6	2,2	2,3	2,3	2,5	1,4
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	-2,3	1,6	1,1	-3,8	-2,0	-1,3	-2,1	1,4	1,6	1,4	1,8	1,0
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	3,2	2,6	3,0	3,6	3,1	3,0	3,3	2,9	2,6	2,6	2,5	2,5
Öffentlicher Verbrauch	2,3	1,2	3,1	3,5	3,3	0,5	2,2	2,6	0,2	1,0	0,9	2,1
Bauten	3,6	1,8	4,9	4,7	3,9	3,1	2,9	2,0	1,6	1,7	1,9	2,1
Ausrüstungen	0,5	-0,5	1,6	0,8	0,6	0,5	0,3	0,2	-0,3	-0,7	-1,1	-0,8
Ausfuhr	0,9	0,4	0,7	1,0	0,9	1,0	0,8	0,7	0,2	-0,1	0,6	2,5
Einfuhr	-1,2	-0,1	-3,1	-1,1	-2,4	-1,1	-0,2	-0,4	-0,2	-0,3	0,5	1,5
Nachr. : Terms of Trade	2,2	0,4	3,9	2,1	3,4	2,2	1,0	1,1	0,4	0,2	0,1	0,9
Bruttoinlandsprodukt	3,2	2,0	4,1	3,7	3,7	2,8	2,7	2,6	1,8	1,8	1,8	2,2
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	3,9	-0,4	4,5	7,0	4,2	1,3	3,3	0,6	-1,1	-0,7	-0,3	1,9

¹⁾ Veränderung in vH gegenüber Vorjahr. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttosozialprodukt; Index: 1991 = 100 (Inländerkonzept).

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

WESTDEUTSCHLAND
Saisonbereinigte Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1992			1993				1994				1995
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
A. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu Preisen von 1991												
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	11 815	11 872	11 891	11 587	11 587	11 516	11 478	11 395	11 362	11 262	11 178	11 345
Beschäftigte (1000 Pers.)	26 424	26 397	26 282	26 123	25 992	25 863	25 738	25 650	25 579	25 518	25 499	25 462
Produktivität (DM)	57	57	56	57	57	58	58	59	60	60	61	60
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM)	672	673	670	658	661	664	665	673	676	679	682	682
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM) ³⁾												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 495	1 533	1 534	1 525	1 536	1 537	1 545	1 550	1 545	1 551	1 571	1 588
Bruttolohn- u. -gehaltssumme	1 214	1 242	1 241	1 233	1 240	1 240	1 245	1 246	1 239	1 241	1 256	1 273
Nettolohn- u. -gehaltssumme	806	827	829	822	828	826	828	821	813	810	811	832
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	624	612	625	578	594	604	596	627	641	649	656	671
Indirekte Steuern abz. Subventionen	320	319	323	328	332	337	341	353	361	363	362	350
Abschreibungen	357	363	368	373	378	381	384	386	387	389	391	393
Bruttosozialprodukt	2 797	2 826	2 851	2 805	2 840	2 859	2 866	2 916	2 934	2 953	2 980	3 002
C. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM) ³⁾												
Privater Verbrauch	1 522	1 542	1 567	1 558	1 584	1 602	1 611	1 637	1 637	1 650	1 654	1 657
Öffentlicher Verbrauch	495	508	512	504	509	510	510	517	515	520	530	531
Anlageinvestitionen	592	583	583	562	552	553	538	557	561	564	576	563
Bauten	326	328	339	333	338	343	336	352	357	357	367	351
Ausrüstungen	266	255	245	229	214	210	202	205	204	206	209	212
Vorratsveränderung	-6	-11	-11	-24	-11	-11	-4	-2	4	15	10	35
Außenbeitrag	191	205	183	209	208	214	231	229	243	238	256	248
Ausfuhr	940	936	912	905	895	912	922	946	983	984	1028	1017
darunter: Waren	809	805	778	779	770	788	801	823	863	866	914	898
Einfuhr	749	731	728	696	687	698	690	717	740	747	772	769
darunter: Waren	605	588	582	551	540	548	539	563	585	590	618	612
Bruttoinlandsprodukt	2 794	2 826	2 835	2 809	2 841	2 868	2 887	2 937	2 960	2 987	3 026	3 034
Zu Preisen von 1991, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM)³⁾												
Privater Verbrauch	1 469	1 480	1 495	1 471	1 484	1 490	1 487	1 502	1 495	1 496	1 488	1 485
Öffentlicher Verbrauch	484	483	489	480	479	481	477	482	483	485	490	487
Anlageinvestitionen	572	559	555	532	519	518	502	519	521	523	534	521
Bauten	311	309	316	308	310	313	306	319	321	321	328	312
Ausrüstungen	261	250	239	224	209	205	197	200	200	203	207	209
Vorratsveränderung	-4	-8	-9	-22	-7	-6	2	2	9	19	15	40
Außenbeitrag	171	176	148	174	166	170	187	183	195	189	204	188
Ausfuhr	930	925	899	890	878	892	901	926	962	962	998	973
darunter: Waren	804	798	771	771	761	776	789	812	852	854	893	864
Einfuhr	759	749	751	716	712	721	713	743	767	773	794	785
darunter: Waren	617	607	604	570	564	571	563	590	612	616	642	629
Bruttoinlandsprodukt	2 692	2 690	2 678	2 635	2 641	2 654	2 656	2 689	2 703	2 713	2 732	2 721
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2 700	2 689	2 690	2 634	2 637	2 646	2 632	2 668	2 679	2 681	2 694	2 686
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	104	104	105	106	107	107	108	109	110	110	111	112
Öffentlicher Verbrauch	102	105	104	105	106	106	107	107	106	107	108	109
Bauten	105	106	107	108	109	110	110	110	111	111	112	113
Ausrüstungen	102	102	102	102	102	103	103	102	102	102	101	101
Ausfuhr	101	101	101	102	102	102	102	102	102	102	103	105
Einfuhr	99	98	97	97	97	97	97	97	97	97	97	98
Nachr.: Terms of Trade	102	104	105	105	106	106	106	106	106	106	106	107
Bruttoinlandsprodukt	104	105	106	107	108	108	109	109	109	110	111	112
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	104	107	107	109	109	109	110	109	108	108	109	111

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Ergebnisse wurden gerundet. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttosozialprodukt; Index: 1991 = 100 (Inländerkonzept). — ³⁾ Vierteljahresdaten auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

WESTDEUTSCHLAND
Entwicklung der saisonbereinigten Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1992			1993				1994				1995
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
A. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu Preisen von 1991												
Arbeitsvolumen	-1,5	0,5	0,0	-2,5	0,0	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-1,0	-0,5	1,5
Beschäftigte	0,0	0,0	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	0,0	0,0	0,0
Produktivität	1,0	-0,5	-0,5	1,0	0,5	1,0	0,5	2,0	1,0	1,5	1,0	-1,5
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,0	-0,5	-2,0	0,5	0,5	0,0	1,0	0,5	0,5	0,5	0,0
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1,0	2,5	0,0	-0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	-0,5	0,5	1,5	1,0
Bruttolohn- u. -gehaltssumme	1,0	2,5	0,0	-0,5	0,5	0,0	0,5	0,0	-0,5	0,0	1,0	1,5
Nettolohn- u. -gehaltssumme	1,0	2,5	0,0	-1,0	0,5	0,0	0,5	-1,0	-1,0	-0,5	0,0	2,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-2,5	-2,0	2,0	-7,5	3,0	1,5	-1,5	5,0	2,0	1,5	1,0	2,0
Indirekte Steuern abz. Subventionen	0,5	-0,5	1,0	1,5	1,0	1,5	1,0	3,5	2,0	1,0	-0,5	-3,5
Abschreibungen	2,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttosozialprodukt	0,0	1,0	1,0	-1,5	1,5	0,5	0,5	1,5	0,5	0,5	1,0	0,5
C. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts												
Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	1,0	1,5	1,5	-0,5	1,5	1,0	0,5	1,5	0,0	1,0	0,5	0,0
Öffentlicher Verbrauch	0,5	2,5	1,0	-1,5	1,0	0,0	0,0	1,5	-0,5	1,0	2,0	0,0
Anlageinvestitionen	0,5	-1,5	0,0	-3,5	-1,5	0,0	-2,5	3,5	0,5	0,5	2,5	-2,5
Bauten	0,5	0,5	3,5	-1,5	1,5	1,5	-2,0	4,5	1,0	0,0	2,5	-4,5
Ausrüstungen	0,5	-4,0	-4,0	-6,5	-6,5	-2,0	-4,0	1,5	-0,5	1,0	1,5	1,5
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	0,0	-0,5	-2,5	-0,5	-1,0	2,0	1,0	2,5	4,0	0,0	4,5	-1,0
darunter: Waren	0,5	-0,5	-3,5	0,0	-1,0	2,5	1,5	3,0	5,0	0,5	5,5	-2,0
Einfuhr	-1,0	-2,5	-0,5	-4,5	-1,5	1,5	-1,0	4,0	3,0	1,0	3,5	-0,5
darunter: Waren	-2,0	-3,0	-1,0	-5,5	-2,0	1,5	-2,0	4,5	4,0	1,0	5,0	-1,0
Bruttoinlandsprodukt	0,5	1,0	0,5	-1,0	1,0	1,0	0,5	1,5	1,0	1,0	1,5	0,5
Zu Preisen von 1991, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	0,0	0,5	1,0	-1,5	1,0	0,5	-0,5	1,0	-0,5	0,0	-0,5	0,0
Öffentlicher Verbrauch	0,0	0,0	1,0	-2,0	0,0	0,5	-1,0	1,0	0,5	0,5	1,0	-0,5
Anlageinvestitionen	-0,5	-2,0	-1,0	-4,0	-2,5	0,0	-3,0	3,5	0,5	0,5	2,0	-2,5
Bauten	-1,0	-0,5	2,5	-2,5	0,5	1,0	-2,5	4,5	0,5	0,0	2,0	-5,0
Ausrüstungen	0,0	-4,0	-4,5	-6,5	-6,5	-2,0	-4,0	1,5	0,0	1,5	2,0	1,5
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	0,0	-0,5	-3,0	-1,0	-1,5	1,5	1,0	3,0	4,0	0,0	3,5	-2,5
darunter: Waren	0,0	-0,5	-3,5	0,0	-1,5	2,0	1,5	3,0	5,0	0,0	4,5	-3,5
Einfuhr	-0,5	-1,5	0,5	-4,5	-0,5	1,5	-1,0	4,0	3,0	1,0	2,5	-1,0
darunter: Waren	-1,5	-1,5	-0,5	-5,5	-1,0	1,0	-1,5	5,0	4,0	0,5	4,0	-2,0
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,0	-0,5	-1,5	0,0	0,5	0,0	1,5	0,5	0,5	0,5	-0,5
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	-0,5	-0,5	0,0	-2,0	0,0	0,5	-0,5	1,5	0,5	0,0	0,5	-0,5
Preisentwicklung (1991 = 100)												
Privater Verbrauch	1,0	0,5	0,5	1,0	0,5	0,5	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Öffentlicher Verbrauch	0,5	2,5	-0,5	0,5	1,0	-0,5	1,0	0,0	-0,5	0,5	0,5	1,0
Bauten	1,0	1,5	1,0	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungen	0,5	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,5	-0,5	0,0
Ausfuhr	0,0	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	1,5
Einfuhr	0,0	-1,0	-0,5	0,0	-0,5	0,0	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,5	0,5
Nachr.: Terms of Trade	0,5	1,0	1,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,5	1,0	0,5	1,0	0,5	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	1,0
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	1,5	2,5	0,0	2,0	0,5	0,0	1,0	-1,0	-0,5	0,5	1,0	1,0

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zu realem Bruttosozialprodukt; Index: 1991 = 100 (Inländerkonzept).

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 64. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 4/1994. 145 S. DM 112,—

Editorial. Von Prof. Dr. *Lutz Hoffmann*.

Makroökonomische Wirkungen von Umweltschutz. Von *Vera Dietrich*.

Ökonomische Instrumente der Umweltpolitik. Von *Michael Kohlhaas*.

Ökonomische Instrumente im Umweltschutz in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Von *Ulrich Weißenburger*.

Die EG-Umwelt-Audit-Verordnung — Anreiz zu Innovationen oder zu potemkinschen Dialogen? Von *Jens Hemmelskamp* und *Uwe Neuser*.

Auswirkungen einer Erhöhung der Energiepreise im Personenverkehr auf die Verkehrsausgaben der privaten Haushalte.

Von *Michael Kohlhaas* und *Ulrich Voigt*.

Makroökonomische Wirkungen einer ökologischen Steuerreform in Deutschland im Vergleich. Von *Hans-Jochen Luhmann*.

Ökologische Steuerreform und Stabilität des Finanzsystems. Von *Bodo Linscheidt* und *Achim Truger*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

Heft 1/1995. 162 S. DM 118,—

Das sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. Von der Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel.

Die Zuwanderer-Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Von *Jürgen Schupp* und *Gert Wagner*.

Weiterbildung in Ost- und Westdeutschland. Von *Friederike Behringer*.

Zur Erwerbsorientierung von Frauen nach der deutschen Vereinigung — Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern notwendig. Von *Elke Holst* und *Jürgen Schupp*.

Analyzing the Employment Status with Panel Data from the GSOEP — A Comparison of the MECOSA and the GEE1 Approach for Marginal Models. By *Andreas Ziegler* and *Gerhard Arminger*.

Beruflicher Wiedereinstieg nach der Familienphase mit Hilfe von Einarbeitungsmaßnahmen — Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase in das Erwerbsleben. Von *Friederike Behringer*, *Ellen Kirner* und *Erika Schulz*.

Strategies for Success in the British Machine Tool Market — A Comparative Study of German, British, American and Japanese Competitors. By *Vivienne Shaw* and *Veronica Wong*.

Is the Greek Economy Periodic? — A Multivariate Description of the Business Cycle Stylized Facts. By *Erotokritos Varelas* und *Ulrich Woitek*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 2/95. 198 S. DM 136,—

Editorial. Von *Florian Straßberger* und *Harald Trabold*

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Von *Harald Trabold*.

Systemische Wettbewerbsfähigkeit: Neue Anforderungen an Unternehmen und Politik. Von *Klaus Eßer*, *Wolfgang Hillebrand*, *Dirk Messner* und *Jörg Meyer-Stamer*.

Technischer Wandel und wirtschaftliches Wachstum: Einige jüngere Entwicklungen, empirische Ergebnisse und wirtschaftliche Konsequenzen. Von *Florian Straßberger*.

Die Internationalisierung von Forschung und Entwicklung multinationaler Unternehmen und die technologische Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften. Von *Marian Beise* und *Heike Belitz*.

Zur technologischen Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft — Eine ökonomische Beurteilung im längerfristigen und internationalen Vergleich. Von *Dieter Schumacher*.

Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie. Von *Alexander Eickelpasch*.

EU-Politik zur Steigerung regionaler Wettbewerbsfähigkeit. Von *Christian Weise*.

Competitiveness of Central-Eastern European Countries. By *Ulrich Thießen*.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit der südostasiatischen Schwellen- und Entwicklungsländer. Von *Ludger Lindlar*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. (3-428-05494-6). DM 22,60 / öS 177,— / sFr 23,—.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. (3-428-05485-7). DM 84,— / öS 656,— / sFr 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. (3-428-05497-0). DM 198,— / öS 1.545,— / sFr 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. (3-428-05638-8). DM 44,60 / öS 348,— / sFr 45,—.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. (3-428-05799-6). DM 22,60 / öS 177,— / sFr 23,—.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. (3-428-05800-3). DM 19,80 / öS 155,— / sFr 20,—.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. (3-428-06201-9). DM 56,— / öS 437,— / sFr 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. (3-428-06311-2). DM 54,— / öS 422,— / sFr 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. (3-428-06387-2). DM 82,60 / öS 645,— / sFr 83,—.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklung der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. (3-428-07253-7). DM 62,— / öS 484,— / sFr 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. (3-428-07380-0). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. (3-428-07479-3). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwiener. 254 S. 1992. (3-428-07521-8). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 687,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 593,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 656,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 500,— / sFr 64,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1995/96. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304